

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 18. September 1928
10. Jahrgang Nummer 214

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,50 M., Einzelnummern 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Einzelnummernpreis: Die dreizehnpennige Willimergasse oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsentgelte 6 Pf., Postamtentgelte: Die dreizehnpennige Willimergasse oder deren Raum im Zeitungspreis 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme: bei der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krakauer Straße 50, Telefon 560 89. Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krakauer Straße 50, Telefon 288 87. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telefon 1005. G. S. I. I. I.: Runkel, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-19 Uhr, Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Pommes“ Berlin, Fil. Breslau, Krakauer Str. 50.

SPD.-Parteiauschuß sabotiert den Volksentscheid

Parteitag soll die „Theorie“ für Fortsetzung der Panzerkreuzerpolitik liefern Ein abgefartetes Spiel zwischen „linken“ und rechten Führern

Berlin, 11. September. In der Dienstag-Sitzung des sozialdemokratischen Parteiaususses wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerkreuzerbaus zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren eingetragene Maßnahmen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerkreuzerbaus. Sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei zu verleumben und zu beschimpfen. Für die Parteigenossen ergibt sich daraus von selber die Pflicht, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion auf das Entschiedenste entgegenzutreten.“

Die Entschließung, die in der Frage der Einberufung eines Parteitag gefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteiauschuß stellt die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaus durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrproblem durch den rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitag. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Da der Wehretat Ende Februar oder Anfang März zur Verabschiedung gelangen wird, wird, wie das „V. T.“ mitteilt, die in der vorstehenden Entschließung in Aussicht genommene Einberufung des Parteitags im Monat Februar erfolgen. Der Parteivorstand wird die Mitglieder dieser Kommission demnächst bestimmen.“

Ueber die Sitzung des Parteiaususses teilt das „Berliner Tageblatt“ noch mit, daß die Minister Sebering und Hilferding an ihr teilnahmen. Weis hielt eine längere Rede, in der er die ablehnende Haltung der Sozialdemokratischen Partei begründete. Sodann befaßte er sich mit der von verschiedenen Bezirken aus dem Reich gewünschten Einberufung eines außerordentlichen Parteitages und schlug die Einsetzung einer Kommission vor, welche die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei zum Wehrproblem grundsätzlich behandeln soll. In der Diskussion, die zwei Stunden in Anspruch nahm, ergriffen die anwesenden Kabinettsmitglieder Sebering und Hilferding das Wort. Alle Redner gaben ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß der Volksentscheid abgelehnt werde.

Der gestern gefaßte Beschluß des SPD.-Parteiaususses übertrifft nicht. Bereits am Freitag hatte Eugen Künster in einer Funktionärerversammlung der Berliner SPD. darauf hingewiesen, daß der Parteiauschuß einmütig den Volksentscheid ablehnen wird. Vor Zusammentritt des Parteiaususses hatten die „Linken“ in der Frage des Volksbegehrens auf der ganzen Linie kapituliert und dem Parteiauschuß das Stichwort gegeben. Bezeichnend dafür war ein Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. September, betitelt „Panzerkreuzer und Volksentscheid“, in dem festgestellt wurde, daß zwar die Leipziger, Zwickauer und Plauener Organisationen die Verberufung eines Volksentscheides gefordert haben, aber die Mitgliedschaften es ablehnen, mit den Kommunisten in dieser Frage zusammenzugehen. Sie bejaß obendrein noch die Schamlosigkeit, den Beschluß der Arbeiter, die für den Volksentscheid eingetreten waren, als eine Bagatelle abzutun und schrieb wörtlich:

„Und außerhalb Sachsens hat die Frage des Volksentscheides kaum irgendwo eine maßgebliche Rolle gespielt. . . Aus alledem ist im voraus gewiß, wie sich der Parteiauschuß in dieser Frage entscheiden wird.“

Als frühesten Termin für die Einberufung des Parteitages forderte die „Leipziger Volkszeitung“ den Januar 1929. Ein zwischen dem Parteivorstand und den Zentralkomitees abgefartetes gemeinsames Spiel, um die sozialdemokratischen Arbeiter irrezuführen und vom Kampf gegen die Panzerkreuzerpolitik abzuhalten.

Die Bedeutung des Beschlusses des Parteiaususses liegt nicht nur in der Sabotage des Volksentscheides, denn es war nichts anderes zu erwarten, als daß der bürokratische Spitzenapparat der SPD. die Koalitionspolitik, den Panzerkreuzerkurs bestärken und den Volksentscheid mit allen Mitteln bekämpfen wird. Die Bedeutung liegt darin, daß mit Hilfe der Linken der von Zehntausenden oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern geforderte Parteitag auf den Februar verschoben wird, um den SPD.-Bürokraten die Möglichkeit zu geben, die Koalition- und Panzerkreuzerpolitik fort-

zusetzen, den Volksentscheid zu sabotieren und Zeit zur Einselung der empörten Mitglieder zu gewinnen. Die sozialdemokratischen Arbeiter in Schlesien, die immer wieder einen außerordentlichen Parteitag gefordert haben, und auf ihn alle ihre Hoffnungen setzten, sehen nun, wie sie bewußt von ihren linken Führern getäuscht wurden.

Noch charakteristischer ist die Tatsache, daß der Parteiauschuß nicht einmal einen Beschluß annahm, der den Ministern die Bewilligung der zweiten und dritten Rate für den Panzerkreuzer verbietet, sondern die endgültige Entscheidung erst vorgenommen werden soll, wenn der Parteitag die grundsätzliche Stellungnahme der Partei festgelegt haben wird. Für die Zwischenzeit wird den SPD.-Ministern Blankovollmacht erteilt.

Und wie die grundsätzliche Festlegung zum Wehrprogramm aussehen wird, darüber kann nach der Stellung der SPD. zum Staat kein Zweifel herrschen. Nach dem Rezept von Deutsch, „Kanonen gegen Volksrechte“, das heißt für Scheinlonzessionen auf dem Gebiet der Heeresreformen oder der Sozialpolitik werden Hilferding, Kaufli und andere „Theoretiker“ der SPD. die Theorie liefern, welche sie für die Koalition- und Panzerkreuzerpolitik benötigt. Nach dem Parteitag und der „grundsätzlichen Festlegung“ wird die SPD. nicht nur die weiteren Raten für den Panzerkreuzer, sondern alle Mittel bewilligen, die der neudeutsche Imperialismus für seine Aufrüstung benötigt, deshalb auch die Verlegung des Parteitages kurz vor Abstimmung über den Wehretat. Die Frist zwischen Parteitag und Abstimmung im Reich-

tag ist so kurz, daß jeder Protest der Massen wirkungslos verpuffen mußte.

Ein infames Spiel, das die SPD.-Arbeiter durchschauen und mit der Lösung beantworten müssen: Nun erst recht für den Volksentscheid!

Durch die brüderliche Kampfgemeinschaft der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gegen die imperialistische Aufrüstung muß dem Panzerkreuzerkurs der SPD.-Führung eine einmütige Front aller Schaffenden entgegengesetzt werden.

Jetzt gilt es, noch nachdrücklicher als bisher, in allen Arbeiterorganisationen und auch in Belegschaftsversammlungen, gemeinsam den Willen aller Arbeiter für die Beteiligung am Volksbegehren, für die Vorbereitung des Volksentscheides kundzugeben.

Durch kein Manöver und keine Vertückung auf den Parteitag dürfen sich die sozialdemokratischen Arbeiter verwirren lassen.

Jetzt nachdrücklicher denn je die Forderung:

Gegen die Panzerkreuzerregierung, gegen die Koalitionspolitik, gegen die Politik des Verrats an den proletarischen Masseninteressen!

Gegen die Politik der neuen Kriegsvorbereitungen, gegen die Spalter der Arbeiterorganisationen!

Für die gemeinsame Kampffront zur Massenmobilisation von Millionen Werktätigen zur Abrechnung mit dem imperialistischen Klassenfeind und seinen Handlangern!

Für den Sturz der Panzerkreuzerregierung!
Für die gemeinsame Vorbereitung des Volksentscheides!

Berschwärfter Kampf in der Konfektion

Die Unternehmer warten auf den Schlichtungsminister.

Der Kampf in der Herrenkonfektion nimmt immer schärfere Formen an. Die Ausperrung, die anfangs nicht von allen Mitgliedern des Unternehmerverbandes durchgeführt wurde, soll durch Drohung von hohen Konventionalstrafen erzwungen werden. In einem vom Arbeitgeberverband verfaßten Schreiben wurden alle Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen aufgefordert, ihre fertige Arbeit abzuliefern.

Diesem Kurs der Unternehmer stehen die Verbände passiv gegenüber. Anstatt dem provokatorischen Unternehmertum mit geschlossenem Kampf aller Konfektionsarbeiter zu antworten, glauben sie, durch Nichtinbeziehung der Außenseiter in den Kampf die Konkurrenz der Unternehmer untereinander zu fördern. Wit aber wissen, daß gerade im Bekleidungsberwerb die Möglichkeit des Streikbruchs so groß ist. Darum ist schnelles Handeln notwendig und die Kollegen müssen erzwungen, daß die Außenseiter ebenfalls befreit werden. Nur so können die Konfektionsarbeiter mit einem erfolgreichen Abschluß des Lohnkampfes rechnen.

Wie aus der Unternehmerrzeitung zu ersehen ist, befürchten die Unternehmer auch eine Verbreiterung des Kampfes durch den Druck der Konfektionsarbeiter. Sie geben ihren Wunsch aus, daß der Reichsarbeitsminister eingreifen soll, damit der Streik beendet werde.

Konfektionsarbeiter! Jetzt heißt es, Augen auf! Ihr kennt den Reichsarbeitsminister, wie er auf jeden Wind der Unternehmerrzeitung laßt Euch nicht an der Nase herumführen. Dreibes Reichsarbeitsminister, der erklärte, daß 11 Prozent Lohnerniedrigung für die Unternehmer untragbar seien, wird jetzt wiederum den Unternehmern entgegenkommen und den Versuch machen, einen noch schlechteren Schiedsspruch zu fällen. Seid auf der Hut! Es geht um eure Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Nach der Rede Briands Vergebliche Abwägungsversuche — Friedenshücheln des britischen Vertreters

Genf, 12. September.

Vor der Völkerbundversammlung sprach heute vormittag der englische Delegierte Lord Cusshendun. Wie nicht anders zu erwarten, verurteilte er einerseits, die vornehmlich gegen die Deutschen gerichtete aggressive Rede Briands in ihrem Tone etwas abzu-

schwächen, im wesentlichen unterstrich er aber die gesamte politische Linie, die Briand in seiner Rede als das Programm des neuen englisch-französischen Bündnisses vorgetragen hatte. Die deutsche Delegation konnte aus der Rede Lord Cusshenduns nur die erneute Aufforderung entnehmen, sich willig den Plänen des englisch-französischen Imperialismus einzuordnen und gemeinsame Sache zu machen.

Lord Cusshendun führt u. a. aus:

„Als Mitglied der Vorbereitenden Abrüstungs-Kommission habe er ein sympathisches Verständnis für die Enttäuschung über die Langsamkeit des Fortschrittes, die der deutsche Reichskanzler in seiner Rede ausgedrückt habe. Er teile diese Enttäuschung und sei sicher, daß auch andere Kommissionsmitglieder so dächten. . . Der Reichskanzler habe gesagt, es sei die dringendste Aufgabe der Versammlung, einen Beschluß zu fassen, der die Hoffnungen auf Abrüstung in Wirklichkeit verwandelt. Er könne dieser Auffassung nicht beipflichten. Kein Beschluß der Versammlung könne diese Wirkung haben. (!) Die Versammlung könne nur in einer Entschließung den Wunsch nach Abschluß der Arbeiten und die Enttäuschung, daß sie noch nicht vollendet seien, zum Ausdruck bringen. (!) . . . Man müsse im Auge behalten, daß die Herabsetzung der Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen zu vereinbarende Maximum in Einklang zu bringen sei. Hierüber müsse jeder Staat selbst urteilen und das noch gerade ausreichende Rüstungsmaß feststellen. Das sei sehr schwierig. Die Auffassung jedes Staates werde durch seine besonderen Interessen, seine Verhältnisse und seine geographische Lage bestimmt. (!) Hierüber müsse man sich verständigen.“

Lord Cusshendun redet dann große Töne über die bereits erfolgte Abrüstung in Großbritannien seit Kriegsende, indem er mit völlig irreführenden Zahlen jongliert. Zum Schluß meint er, daß es der aufrichtigste Wille der britischen Regierung sei, die Verpflichtungen des Paktes auszuführen und den Boden für die gemeinsame Abrüstung vorzubereiten. Aus diesem Grunde habe sich die britische Regierung bemüht, sich mit der französischen Regierung über die Grundzüge der Abrüstung zu verständigen. (In Wirklichkeit ist das englisch-französische Abkommen ein Aufrechterhaltungspakt ersten Ranges.) . . . Er sei überzeugt, daß der Kellogg-Pakt eine neue Ära einleiten werde, und daß das Prinzip, den Krieg nur in der gerechten Selbstverteidigung (gegen die Sowjetunion) zuzulassen und ihn als heroisches Abenteuer der Nationen zu verwerfen, sich durchsetzen werde. (!)

Die erste fünf-Mächte-Ausdrache über die Räumung

Am 11. September, Dienstag nachmittag um 5 Uhr fand die erste fünf-Mächte-Ausdrache zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien und Belgien und Deutschland im Hotel Beau Rivage statt. Von deutscher Seite nahmen an der Besprechung der Reichskanzler Müller und Staatssekretär Schulze teil. (Bericht folgt.)

„Sozialist“ Paul Boncour, der Einseitiger Briands?

(Sig. Drahtler.) Berlin, 12. September. Die Berliner Presse bis zum „Vorwärts“ sammelt immer noch über die Rede Briands in Genf. Besonders interessant für die Sozialisten ist dabei das, was sich das „Berliner Tageblatt“ von seinem Genfer Korrespondenten über die Urgründe der deutschen Forderungen Briands gegenüber den Alliierten der deutschen Delegation berichten läßt. Demnach wolle Briand zuerst auf die Rede Hermann Müllers nicht antworten. Briand müßte aber dann nach dem unzuverlässigen Erfolg der energischen Erklärung Hermann Müllers fürchten, daß sich in der Abwehrfrage eine Anzahl neutraler Delegierter dem Standpunkt Deutschlands anschließen würde. Auf diese Art wäre im Völkerverbund eine feste Stütze für die allgemeine Abweisung entstanden, die die Neutralen gegen Frankreichs Forderungen hätte. Deshalb haben andere sozialistische Delegierte, wahrscheinlich hauptsächlich Paul Boncour, den französischen Hauptdelegierten dazu gedrängt, zum Sammeln zu blasen und die kleinen Alliierten um Frankreich zu vereinen.

Der Berichtsteller des „B. T.“ bzw. sein Gewährsmann, dürfte mit seiner Annahme, daß der Sozialdemokrat und wichtige Mitglied der 2. Internationale Paul Boncour in der obigen Rolle Briand in seinem Auftreten gestützt habe, nicht fehlgehen. (Siehe auch Artikel: „Gedankliche Hoffnungen“, den wir in der heutigen Beilage veröffentlichten.)

Strafanzeige gegen die Richter im Jakubowfi-Prozess

Die Liga für Menschenrechte hat schon Strafanzeige gegen den früheren mecklenburgischen Oberstaatsanwalt Dr. Müller und den Landgerichtspräsidenten v. Buda wegen Amtsverbrechens bzw. wegen Beihilfe zum Amtsverbrechen erstattet. Es handelt sich bei den beiden Genannten um die maßgebenden Personen, die am Buchamer und Jakubowfi beteiligt sind. Die Strafanzeige richtet sich auf Vorgänge, die sich im Verlauf der neuen Untersuchung des Falles abgespielt haben.

Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die jetzt von der Kriminalpolizei wegen Weineidsverdachts und wegen des Verdachts der Beteiligung am Morde verhafteten August Kogens, Fritz Kogens und Heinrich Böcker bereits im Mai einmal verhaftet waren, damals aber vom Oberstaatsanwalt Müller mit der Begründung, es liege nichts gegen sie vor, wieder entlassen wurden.

Diese Maßnahme bedeutet eine Verdunkelung des Tatbestandes. Der Oberstaatsanwalt Müller handelte damals sehr eigenartig, indem er auf eine Gegenüberstellung der Beschuldigten, die sich gegenseitig beschuldigt hatten, verzichtete. Er besprach sich dafür mit dem Landgerichtspräsidenten v. Buda und dem früheren mecklenburgischen Minister Hübner, der seinerzeit das Gnadengebet Jakubowfi abgelehnt hatte. In einer solchen Unterredung, so heißt es in der Anzeige, wolle ein Verstoß gegen die Amtspflicht, der für v. Buda als Beihilfe zum Amtsverbrechen zu werten sei, echtfertigt werden.

Zum Schluß weist die Deutsche Liga für Menschenrechte in ihrer Anzeige darauf hin, daß sowohl beim Oberstaatsanwalt, a. D. Müller, als auch beim Landgerichtspräsidenten v. Buda Fingerringe und Verdunkelungsgefährde gegeben sein dürften.

Durch diese Anzeige wird die Untersuchung über den Buchamer und Jakubowfi, den man in Mecklenburg gern begroben möchte, nach einer neuen Richtung hin weitergeführt. Bereits heute ist in der Begründung des Urteils gegen Jakubowfi in allen Punkten widerlegt. Es steht fest, daß die Kronzeugen Mitterweide geleistet haben und selbst in höchstem Maße tatverdächtig sind.

Starker Kriegswert des Panzerkreuzers A

Modernste Konstruktion

Offenbar von sämtlicher Seite der Reichsamtverwaltung werden folgende Einzelheiten über die Konstruktion des Panzerkreuzers A bekanntgegeben:

Die zur Verfügung stehende Wasserverdrängung, die bekanntlich durch den Verleger der „Vorwärts“ besprochen ist, wird bei dem Panzerkreuzer A und den Schiffen B, C und D, die zur gleichen Serie gehören, bis auf die letzten Ausgüsse zu verwenden. Später werden die Verbindungen der Platten und Spannen nicht mehr, wie früher, durch Kleben, sondern lediglich durch Verschweißen hergestellt, ein Verfahren, das in diesem Umfang bisher noch bei keinem großen Bauwerk zur Anwendung kam. Hierbei wird außerordentlich viel Gewicht erspart. Auf Grund der bisher ge-

wie früher. Die Unterwasserabteilung des Schiffes in Wasserlinie wird den vor dem Krieg erhaltenen und im Krieg erhaltenen Schiffen nicht nachgeben. Der neue Panzerkreuzer wird gegen alle gebräuchlichen Typen vorteilhafteste Verwendung finden können. Englische Fachkreise (1) bezeichnen die Konstruktion als sehr zweckmäßig.

Diese Mitteilung über die Konstruktion der Panzerkreuzer A, B, C und D widerlegt die teils leichtfertig, teils mit betrügerischer Absicht verbreitete Behauptung, der Panzerkreuzer A sei nur ein Spielzeug und besäße keinerlei Kriegswert. Die deutsche Bourgeoisie versteht es, bei ihrer imperialistischen Ausrichtung alle modernsten Erfindungen der Kriegstechnik zu Wasser und zu Lande auszunutzen.

Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts“ gestern diese Tatsachen-Mitteilung über die Kriegsverwendungsfähigkeit des Panzerkreuzers A seinen Lesern glatt unterstellt. Erst vor wenigen Tagen hat Herr Franz Künster im „Vorwärts“ Leitartikel darüber, die Bourgeoisie gäbe die Millionen Ausgaben nur aus Freude am Militärspiel aus. Wird Künster sich nunmehr zu äußern wagen? Seit, wo der gewaltige Kampfwert der neuen Panzerkreuzer für eine Kriegsbeteiligung gegen die Sowjetunion offensichtlich ist!

Der Berichtsteller zeigt die kriegstechnische Mitteilung über den Panzerkreuzer A erneut die Notwendigkeit, mit aller Kraft zum Volkstumschick gegen den Panzerkreuzerbau zu mobilisieren. Es geht gegen die ernsthaften, gefährlichsten Kriegsvorbereitungen der Kapitalistenklasse und ihrer Panzerkreuzer-Spezialisten.

SPD-Führer mit Volkseid für Panzerkreuzer!

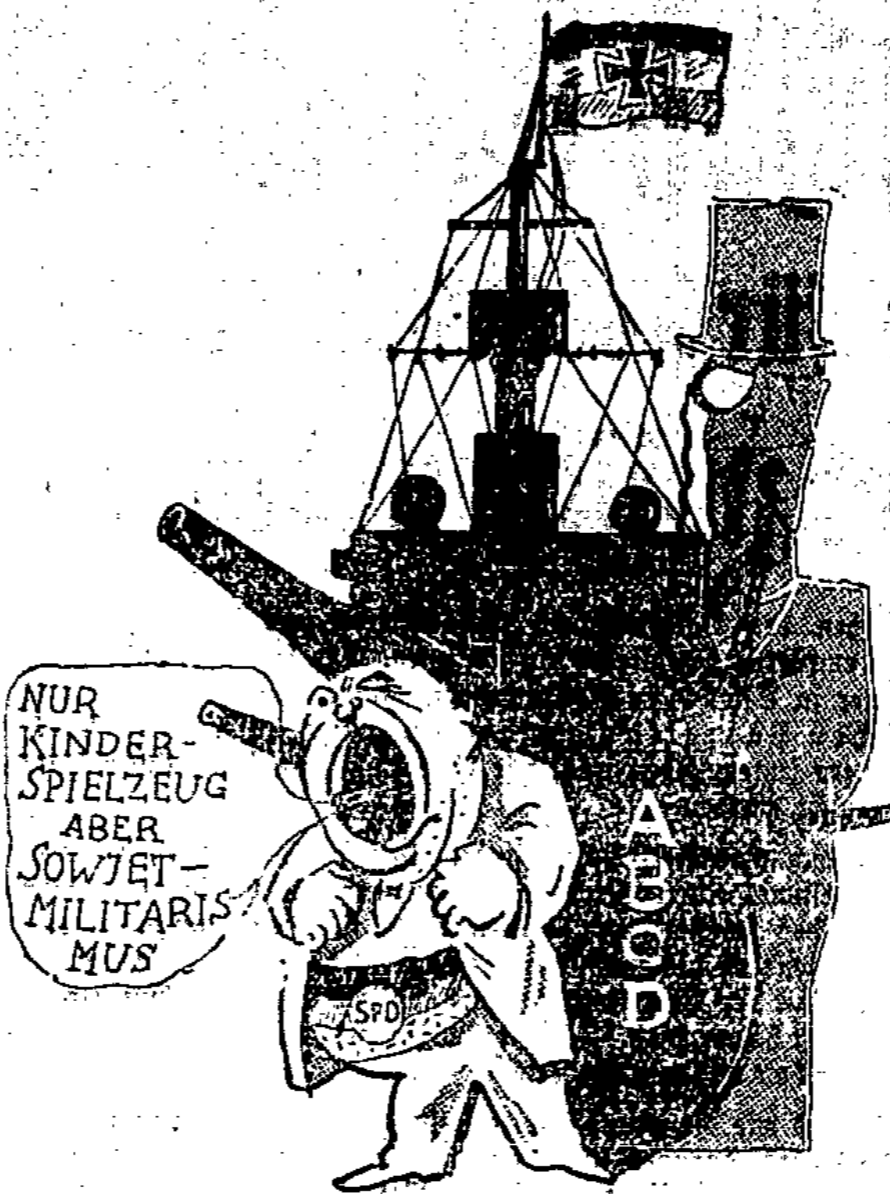
Wie tief sind sie gefallen!

In Gelsenkirchen fand ein vom SPD organisiertes Demonstrationsspektakel statt. Die Opposition nahm daran teil mit eigenen Schildern und Transparenten. Eines davon trug die Aufschrift: „Kein Volkseid für Panzerkreuzer! Der mit der Kinderbesetzung! Das sozialdemokratische Exekutivkomitee nahm Anstoß an diesem Transparent und forderte dessen Entfernung. Die Opposition kam diesem Ansuchen selbstverständlich nicht nach. Als der Demonstrationstag sich in Bewegung setzte, hielten die Sozialdemokraten die Polizei herbei und rissen das Transparent aus dem Zuge heraus und verjagten die Abirrer der Opposition. Die Demonstranten antworteten mit entkräfteter „Mist“-Rufen und Protesten gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer. Ueber die Hälfte der Demonstranten schlossen sich dann der Opposition an und organisierten einen eigenen Demonstrationstzug. Die Großbetriebe sowie die Gelsenkirchener Bauarbeiter schlossen sich dann den oppositionellen Demonstranten an.

Der Unterdrückungsstreik gegen die kommunistische Presse in der Reichspost

Seine Träger Pressekorrespondenz, die vor kurzem die Nachricht veröffentlichte, daß alle kommunistischen Staatsangestellten entlassen werden sollten, teilt jetzt weitere Pläne des Bürgerbundes gegen die kommunistische Bewegung mit. Der Verlauf kommunistischer Zeitschriften soll mit Rücksicht auf deren antisozialistische Propaganda schon aus grundsätzlichen Gründen eingestellt werden. Die Nemter hätten die Pflicht, den Verkauf kommunistischer Zeitschriften auf den Bahnhöfen, in den Tabak-Trastiken usw. einzustellen. Die Arbeiter werden darauf die richtige Antwort zu geben wissen.

Trauerfeier für den verstorbenen Reichshaus von Brachhoff-Kanbau. Am 11. September. In der Reichspostzeitung fand am Dienstagmittag eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen deutschen Reichshaus in Moskau, Graf Brachhoff-Kanbau, statt. Der schlichte Eisenfarg war von einer Ueberfülle von Kränzen umgeben. Neben den Farben des Reiches waren besonders zahlreich auch die der Sowjetunion sichtbar. Der Sowjetunionkommissar Tschitscherin war an der Teilnahme verhindert, da er noch in Stettin weilte.



machten Erfindungen der Wilhelmshavener Werft ist durchaus zu erwarten, daß derartig zusammengesetzte Schiffe keinerlei Nachteil in Bezug auf Stabilität gegenüber den gemieteten Jahrschiffen haben werden.

Das neue Panzerkreuzer wird nicht, wie bisher, mit Turbinen, sondern mit besonders durchkonstruierten Dieselmotoren ausgerüstet sein, die sich im Verhältnis zu ihrem Gewicht durch eine ganz besondere Leistungsfähigkeit auszeichnen werden. Die beschriebene Geschwindigkeit soll dem Schiff die Möglichkeit geben, sich jederzeit überlegenen Schiffen zu entziehen. Auf der anderen Seite soll eine verhältnismäßig starke Artillerie, sechs 20-Zentimeter-Geschütze in zwei Drillingstürmen, das Schiff befähigen, jeden Kreuzer der augenblicklich im Gebrauch befindlichen Typen in kurzer Zeit außer Gefecht zu setzen.

Gegen die Empirung feindlicher Artillerie wird das Schiff durch eine im Verhältnis gegen frühere Jahrschiffe verstärkte horizontale Panzerung (Panzerdeck) sehr stark geschützt sein, während man auf eine vertikale Panzerung im Hinblick auf die voraussichtlich außerordentlich großen Schutzweiten nicht mehr den Wert legt

zurecht kommen wollen. Wenn ich nicht will, werden Sie hier nicht alt, Herr Doktor.

Pankratz sprach auf: „Wir scheitern, lieber Klemenz, Sie wollen mich amüßeren.“

Klemenz blieb feierlich: „Herr Doktor... in allem Ernst... im Guten läßt ich mit mir viel machen... Aber wenn es hart auf hart geht, habe ich meine Leute in der Hand... und die Verbandsleitung steht dann auch hinter mir... und dann wollen wir mal sehen, wer von uns beiden den Kürzeren zieht...“ Klemenz lächelte artig: „Ich habe hier schon einen Betriebsleiter austauschen lassen... der auch in vier Wochen Generaldirektor werden wollte. Erst stützte er sich auf den Direktor Smit und... dann wollte er es mit Herrn Reusfeld schmiegeln... aber wie mir ihn in die Enge getrieben hatten... waren die beiden Herren sich einig... und unser Eifriger... na, heute trägt kein Hahn mehr nach ihm.“ Klemenz trat dem Betriebsleiter näher: „Und, Herr Doktor, denken Sie vielleicht, Sie sind hier schon Augen wegen hergeholt worden? ... Wenn Sie uns hier die Leute rebellisch machen und... es wird keine Ruhe... dann wollen wir mal sehen... wie schnell Ihre Aktien fallen.“

Pankratz fand mit verächtlichen Armen vor Klemenz. „Lächle höhnlich. Was sind Sie doch für ein gescheiter Mann... ist mir wirklich neu, so was Geschicktes unter meiner Arbeiterschaft zu finden.“

Klemenz empfand den Hohn, ließ sich nicht aus seiner Haltung stoßen, fand sich in seiner selbst errungenen Würde. „Wenn ich auch Arbeiter bin - Herr Doktor - so viel steht fest - als Betriebsleiter können Sie viel von mir lernen. Ich arbeite seit vierzehn Jahren hier im Werke und bin lange Zeit Verführer sein - wenn ich wollte - aber ich bleibe bei meinen Kollegen.“

Pankratz lachte: „Weil Sie noch niemand zum Verführer gemacht hat. - Soll ich Sie zum Verführer machen, Klemenz?“

Klemenz machte wieder mit erhabener lächerlicher Hand eine feierlich abwehrende Bewegung: „Rein, ich danke! Ich bin Sozialdemokrat - seit achtundzwanzig Jahren aktiv in der Bewegung, das will was heißen. - Ich habe aktiv gedient, und ich war Sozialdemokrat und mein Hauptmann wählte es - und bin doch als Gefreiter abgegangen.“

„Das heißt also, daß Sie Werkmeister werden möchten und Sozialdemokrat bleiben möchten.“

„Das habe ich nicht gesagt, Herr Doktor, das wissen Sie so gut wie ich.“

„Ich werde mir die Sache überlegen, Klemenz, ich verlange aber, daß Sie vernünftig sind hier im Betrieb - nicht heken - und dem Gehern entgegenzutreten. Sie müssen doch zugeben, daß wir auch Leute beschäftigen, zumiel gebummelt wird. Und wenn die Existenz des Werkes in Frage steht.“

„Ich weiß, Herr Doktor, es geht bei uns - noch verhältnismäßig gemächlich zu, und es gibt auch Leute, die es überleben. Weiß ich alles. Ich kenne auch meine Pappenheimer. Aber - Sie müssen - die Leute auch anders anlassen. Sie müssen nicht immer so schneidzig an die Leute rangehen. Das macht sie stübig und auffällig. Warum zum Beispiel müssen Sie die Leute gleich mit einem Male entlassen. Es hört doch mal einer auf, und läßt sich mal einer was aufschulden kommen - gut - stellen Sie keine Leute mehr ein - und es werden nach und nach auch weniger - und da wird sich kein Mensch aufregen.“

Pankratz sah Klemenz musternd an. „Sie lassen an Offenheit nichts zu wünschen übrig, lieber Klemenz, es amüßert mich, wie Sie sich das alles zurechtgemacht haben. - Wollen Sie eine Zigarette rauchen?“

„Rein, Herr Doktor, ich tue das hier nicht - wenn ich Sie mal außer der Arbeitszeit begegne - da soll es mir eine Ehre sein - aber hier - könnte das falsch ausgelegt werden. - Aber ich will Ihnen noch einen guten Rat geben, Herr Doktor - fügen Sie sich nicht so sehr auf Herrn Reusfeld, wenn der sich auch mit Direktor Smit immer ein bißchen sträubelt - die gehören zu einer Verbandschaft, und wenn es gegen einen Dritten geht, werden sich die beiden Herren immer wieder einig. - Wenn es auch so aussieht, als ob Direktor Smit nicht viel zu sagen hätte.“

Pankratz schwieg.

Klemenz verließ den Betriebsleiter in der Ueberzeugung, Kug wie eine Schlange und ohne Faltsch wie eine Taube gehandelt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Der Betriebsmord

Erzählung von Otto Glösa

Klemenz sah sich auf einem Wege von seinen Kollegen weg, zurück zu Pankratz. Er schmunzelte. „Aha, nehmen Sie Platz.“ Klemenz rückte den Stuhl zum Schreibtisch des Betriebsleiters; er saß so nahe und offen vor ihm, daß Klemenz er seine Nacht als Betriebsleiter des Betriebsleiter.

„Sie sehen also ein, daß ich mit diesen Leuten nicht verhandeln kann.“

Klemenz hob die Achse, warnte mit dem Zeigefinger lächelnd: „Sie müssen noch viel lernen, Herr Doktor!“

Pankratz erhob sich nervös, diese schmerzende Lieberlegenheit reizte ihn. „Über Sie und Ihre Bande da draußen, Sie werden mit Kaul und Konjorten nicht etwas machen wollen.“

„Rein, Herr Doktor, das brauchen Sie mir nicht erst zu sagen. Die operativen Seiten will man keinen Staat machen. Aber machen Sie was. Wir machen die Leute das Leben viel schwerer als Ihnen, aber Sie sind schuld, daß solche Leute bei uns Oberwasser bekommen, mit Ihrer solchen Politik treiben Sie die Arbeiterkassen den Rabinismus in die Arme.“

Pankratz sah zum Fenster hinaus. „Das dürfte wohl Ihr Irrtum sein.“

Klemenz lehnte sich über den Schreibtisch und flüsterte: „Früher hat schließlich die SPD hier keine Ortsgruppe gehabt, aber jetzt ist sie da, Sie haben ihr auf die Beine gehalten.“

Klemenz nickte selbstgefällig hinter seinen Worten her. „Ich werde in meinem Betrieb den Kommunisten keine machen, verlassen Sie sich darauf.“

Klemenz bogte sich weit über den Schreibtisch, ruckte seine Worte förmlich in Pankratz's Ohren. „Lassen Sie sich das im Vertrauen sagen von mir: wenn Sie es weiter machen, bin ich für nichts mehr gut, dann gibt's noch Schaul. Denken Sie vom Betriebsrat, was Sie denken, auf mich persönlich müssen Sie mehr hören, wenn Sie hier

Verantwortlich: Für den politischen Teil Kurt Dombrowski, für „Gewerkschaften und Betriebe im Kampf“ und „Waldenburg“ Alfred Thomaß, für „Breslau“, „Wörter“ und die übrigen Beilagen Friedrich Kolla, sämtlich in Breslau. Für den oberleitenden Teil Theodor Keller, Gletow. - Für Inserate H. Gerber-Breslau

Oberschlesien

Die Volksentscheidsbewegung in Oberschlesien

Aufruf zur Bildung von Kampf-ausschüssen!

Der Beschluß der Reichsregierung, den Panzerkreuzer A zu bauen, hat aller Welt gezeigt, daß auch der deutsche Imperialismus wieder zu einem neuen Krieg rüft. Die Millionenmassen des wertvollsten Volkes sind empört und einmütig in der Erwartung dieser imperialistischen Politik. Ihre Empörung gilt zugleich den vier sozialdemokratischen Ministern, die für die Rüstungen des deutschen Imperialismus sind und sich damit nicht u. d. B. an der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges machen. Mehr als neun Millionen Wähler, die im vergangenen Wahlkampf an die Sozialdemokratischen Parteien ihre Stimme gaben, fühlen sich durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers verraten und betrogen. Hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter haben dagegen protestiert.

Aber Proteste allein genügen nicht. Es ist Zeit, den Kampf gegen die drohende imperialistische Kriegsgefahr, gegen die Rüstungen der Imperialisten und deren Handlanger zu organisieren. Die arbeitende Bevölkerung wird diesem System, das Panzerkreuzer und andere moderne Kriegswaffen für einen neuen Krieg baut, die Opfer des letzten Krieges, die Opfer der Arbeit, die Erwerbslosen und die Sozialrentner aber im Gleichgewicht läßt, keinen Frieden und keinen Mann bewilligen. Die überwältigende Mehrheit der wertvollen Massen Deutschlands ist ein Feind der Rüstungspolitik, deren Kosten dem Proletariat aufgebürdet werden und die zu einem neuen verheerenden, wahnwitzigen Massenmord treibt.

Der Arbeiter in Stadt und Land, der kleine Handwerker und Geschäftsmann, der Kleinbauer, will, daß den Rüstungen Einhalt geboten wird. Für die hungernden Kinder, die Erwerbslosen, Sozialrentner und Opfer des Krieges und der Arbeit, für alle Notleidenden und für den Bau von Wohnungen sollen die Millionensummen verwendet werden, die heute für neue Kriegsrüstungen den Rüstungsfabrikanten als fetter Profit in den Taschen geworfen werden.

Die breitesten Massen der arbeitenden Klasse haben die Initiative der kommunistischen Partei, durch einen Volksentscheid gegen die Panzerkreuzerpolitik das wertvolle Volk zum Kampf gegen Kriegsrüstung und Kriegsgefahr zu sammeln, mit Begeisterung begrüßt. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo sich alle wertvollen Schichten zu einer mächtigen, geschlossenen Front, gegen die drohende Gefahr des Krieges und gegen die imperialistischen Kriegstreiber zusammenschließen müssen!

Der Bezirksausschuss für die Durchführung des Volksentscheides, der sich am Sonntag, dem 9. September, in Gleiwitz gebildet hat, wendet sich deshalb an alle wertvollen Arbeiter und Frauen Oberschlesiens, sich in diese Kampffront einzureihen. Der Bezirksausschuss, dem die Delegierten der Gruben und Hütten angehören, wendet sich in erster Linie an die Arbeiter, die die Träger des ant imperialistischen Kampfes sein werden. In allen Delegierten bildet ein vorzügliches Komitee zur Propaganda des Volksbegehrens und des Volksentscheides; in allen Gewerkschaftsverbänden, in allen Freidenker-, Sport- und Gefangenenvereinen und allen proletarischen Organisationen wählt Vertreter, die zusammen mit den Delegierten des Volksentscheides bilden! Stellt euch hinter den Bezirksausschuss und entsacht die breitesten Massenbewegung! Schon jetzt hat unter dem Druck der Massenempörung die sozialistisch-imperialistische Koalitionsregierung nicht gewagt, ihren ursprünglichen Plan, den Volksentscheid zu sabotieren, durchzuführen. Der Wille der Millionen Werktätigen wird und

muß den imperialistischen Kriegstreibern und ihren Handlangern das Handwerk legen.

Sozialdemokratische Arbeiter! Macht eure Bewegung nicht durch nichtslagende Phrasen und Versprechungen leiser. Folgt dem Beispiel vieler eurer Genossen mit der gesamten Arbeiterklasse den Kampf auf! Vereinigt euch zum Kampf mit uns gegen Koalitions- und Rüstungspolitik!

Der Bezirksausschuss für die Durchführung des Volksentscheides: Gleiwitz, den 9. September 1928.

Bezirksausschuss zur Durchführung des Volksentscheides gegen den Bau von Panzerkreuzer und anderer Kriegsrüstungen.

Auch der Bund schaffender Landwirte beteiligt sich

Der „Bund schaffender Landwirte, Bezirk Oberschlesien“ hatte neben der Entsendung eines Delegierten zu der Konferenz noch folgendes Schreiben an dieselbe gerichtet, dessen Verlesung von den Arbeiterdelegierten beifällig aufgenommen wurde. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Auf Ihre Einladung zwecks Bildung eines Komitees für den bevorstehenden Volksentscheid haben wir im Bezirkssekretariat beschloffen, uns dem Vorstoß anzuschließen. Die Mitglieder des „Bundes schaffender Landwirte“ begrüßen diesen Schritt und werden in weitgehendstem Maße dazu beitragen, daß dieser Volksentscheid seinen richtigen Abschluß findet.“

Wir werden die gesamte Kleinbauernschaft Oberschlesiens mobilisieren zum Kampfe gegen den Bau des Panzerkreuzers A. Der Kleinbauernschaft liegen wichtiger, wirtschaftliche Interessen am Herzen, als wie Rüstungsbestrebungen, die nur Krieg bedeuten. Wir glauben, daß die geschlossene Einheit zwischen wertvollen Bauern und der Arbeiterklasse der Rüstungsbestrebungen gewachsen ist und es verhindert, daß Hunderte von Millionen für unsinnige Rüstungszwecke herausgeworfen werden. Wir erklären uns hiermit nochmals bereit, dem Komitee beizutreten.

Mit häuerlichem Gruß
Bund schaffender Landwirte
Bezirk Oberschlesien.

Die Gleiwitzer Freidenker „warten ab“

Eine sonderbare Stellung zu dem Kampfe gegen den Panzerkreuzerbau und zu den imperialistischen Kriegsrüstungen nimmt die Ortsgruppe Gleiwitz des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung ein. In einem Schreiben vom 10. September wird von ihr der kommunistischen Partei mitgeteilt, daß eine Mitgliederversammlung vom 8. September beschloffen habe, keinen Vertreter in das Komitee gegen den Panzerkreuzerbau zu entsenden. Wenn es zur Abstimmung kommen würde, dann würden die Freidenker „selbstverständlich gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmen“.

Mit anderen Worten: Die Freidenker in Gleiwitz wollen erst einmal zusehen, wie der Kampf gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen und den Panzerkreuzerbau von der übrigen Arbeiterschaft geführt wird. Wir nehmen zur Ehre vieler im Freidenkerverband organisierten Arbeiter an, daß sie mit diesem Beschluß durchaus nicht einverstanden sind, sondern gemeinsam mit den anderen Freidenkern den Kampf gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen führen wollen.

Juchenden gegenüber 2374 der Vermoche 2120 beträgt. Die Vermittlungstätigkeit stellte sich aus 477 Vermittlungen zusammen, und es kamen auf je eine offene Stelle fünf arbeitssuchende Personen.

Mikultschütz

Naturregelmäßigkeiten bei einer Genossenschaft

Das Beuthener Schöffengericht verhandelte gegen den Bademärker Hydron war bei der Mikultschütz Fälschungs-Bau- und Spargenossenschaft als Kassensführer „ehrenamtlich“ tätig. Schon nach kurzer Anzählung seines Amtes stellte sich ein Defizit von etwa 4000 Mark heraus. Den Verlust versuchte er wegzumachen, indem er in den Vorstandsbürgern höhere als die normalen Steuersätze als Vorauszahlung anführte. In den Steuerurkunden hatte er eigenmächtig die Summen zu seinen Gunsten geändert. Mit Rücksicht darauf, daß er von kaufmännischer Buchführung keine Ahnung hatte, kam er mit drei Monaten Gefängnis davon.

Cosel

Die JFS. gegen Panzerkreuzerbau. Anlässlich des Kinderfestes, das mit einem Ringkonzert verbunden war, wurde folgende Resolution angenommen: „Die am heutigen Tage auf dem Ring versammelten Einwohner von Cosel erheben schärfsten Protest gegen die Bemilligung der Mittel für den Bau von Panzerkreuzern. Angesichts der großen Notlage der Bevölkerung wie auch der Wohnungsnot ist die Geldverschwendung eine Verhöhnung der arbeitenden Schichten. Die hier zu Hunderten versammelten Einwohner von Cosel fordern, daß die Minister sofort ihre Zustimmung zurückziehen und diese Mittel der Kindererziehung wie auch dem Fonds zur Bekämpfung der Typhus- und der Wohnungsnot zugeführt werden. Die heute versammelten, gelobten, daß, wenn die Zurückziehung der Mittel für den Panzerkreuzerbau nicht erfolgt, sie ihre ganze Kraft für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer einsetzen werden. Jung und alt werden kein Mittel scheuen, dieses Ziel zu erreichen.“

Bobrek

Der Gerichtspräsident: „Der Herr Richter“

Der bürgerliche Kadaververein Germania feierte vor kurzem sein Stiftungsfest. Geladen waren die Vereine der bürgerlichen Richtungen einschließlich des Arbeitervereins, der nur allein erschienen war. Als bei der Feierabendfeier allein sah, suchte der Vorsitzende einen Anlaß, um nicht mitzukommen. Die Festlichkeiten zum Preise von 50 Mark wurden auf einmal abgebrochen.

Einigung erzielt wurde, Lebens-Beer Weinhart trug ihm ab, mitun-
maximieren, da dies gegen die Aussagen verstoße, und überließ die
schwarzweilroteten Kabfahrer ihrem Schicksal. Das pommes von
beruhte, aber immer wieder ausfallende Frey erzielte seinen „Bode-
wurst“, als gegen 11 Uhr der Gerichtspräsident in der
Gleitung eines Schiffs beamten im Saal erschien und die
Kasse plantete; da konnte man lange Geschier sehen. Man
erzählt sich hier, daß der frühere Vorsitzende des Vereins, F. ein
Musterbild von schwarzweilrot, die Veranlassung zur Umdübelung ge-
geben hat. (Mitte November)

Ratibor

Gefäßmord einer „Altkameradin“
Am Juni dieses Jahres ereignete ein Mordmord in Ratibor, in
hammer Ausschlag. Die 24jährige landwirtschaftliche Arbeiterin
Johanna Langner hatte einem 14jährigen Kinde, das ihr aus
Wartung übergeben worden war, die Kehle durchgeschnitten, „weil
das Kind so fett war.“

Wald nach ihrer Verhaftung hätte die Staatsanwaltschaft das
Mädchen in die Provinzial-Geld- und Pflegenanstalt Ratibor zur Beobach-
tung schenken lassen. Die Beobachtungen der Ärzte ergaben keinerlei
geistliche Störungen bei der Unternehmungsgenossen, was
ablesen sollte nun nach dem Ratiborer Befehlsausgang zur Verhaftung
werden.

Auf der Strecke Rensja-Ratibor entwich die Lura von Maxlow
ihrem Begleiter und brach sich Bahn durch den Busch. Sie
kam unter die Räder und frug so schwere Verletzungen davon, daß
sie im städtischen Krankenhaus zu Ratibor verstarb.

Oppeln

Der Mithras! Der neugebaute Stadtrat vom Zentrum, der
Zigarrenfabrikbesitzer Kontny, hat das Wohnungsbau übernom-
men. Herr Dr. B. o. n. fühlte sich angegriffen überlassen und gab die
Amt ab (wird sicher ein blühendes Vorzeige-Objekt sein). Der Fabrik-
besitzer Kontny ist gerügelt bekannt, daß sich alles nach seinem Willen
richten muß. Denn bisher Herr Schmidt schon mit den Wohnung-
suchenden ganz nach Belieben umging, so wird ihn der neue Deputat
nicht noch überreffen.

Ost-Oberschlesien

Grauenhafter Selbstmord
In Dombel bei Ratibor ereignete sich ein schrecklicher Vorfall.
Der Grubenarbeiter M. u. l. war nach vorangegangenen Streit in
betrunkenem Zustande nach Hause zurückgekehrt und mißgünstig
seine Frau und seine Kinder, so daß diese, notdürftig bekleidet, aus
der Wohnung flüchten mußten. Darauf zündete M. die Decken an
und steckte sich einen Sprengkörper ins Ohr. Durch die Explosion
wurde der Kopf total zerrissen, so daß auf der Stelle der
Tob eintrat. Der Brand konnte gelöscht werden.

In Orzegow spielte sich eine ähnliche entsetzliche Missetat ab.
Der etwa 20jährige Joseph Prokop hatte seine 50 Jahre alte
Mutter verarzt mit einer Kohlenchaufel, mit einem Küchenmesser
und einer Art Hackmesser zugerichtet, daß die Frau in verblutetem
verblutetem Zustande aufgefunden wurde. Es wird angenommen,
daß der Täter von seiner Mutter Geld verlangt hatte und zu dem
entsetzlichen Tat schritt, als ihm dies verweigert wurde.

Versammlungskalender

Donnerstag, 13. September:
Oppeln, N. B. Untergangführungs- und Gruppenleitungsübung
19 Uhr im „Echo“-Büro.
Neustadt, 19 Uhr im Lokal Nippert wichtige kombinierte Mit-
gliederversammlung, zu der alle Mitglieder der N. B., des
N. B. sowie der Roten Hilfe erscheinen müssen. Anschließende
Funktionärsübung.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend den 8. 9.
bis Sonnabend, den 15. 9.
täglich 20 Uhr
„Hokuspokus“
von Curt Goetz

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 8. 9.
bis Sonnabend, den 15. 9.
täglich 20 Uhr
„Arm, wie eine
Kirchenmaus“
von Ladislaus Fodor

Sozialdemokratische Arbeiter beurteilen imperialistische Propaganda des „Volksblattes“

Chefredakteur Koitz gehört bekanntlich zu der Sorte von SPD-Führern, die unbedingt die Rüstungen des deutschen Imperialismus verteidigen. Um die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter zu befähigen, macht er in schamlos zynischer und frecher Ausland- und Kommunistenhebe. Über damit lassen sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr hinter die Fühler führen. So hat sich denn Koitz nach einem Bericht des sozialdemokratischen „Volksblattes“ entschlossen, die Arbeiter noch auf eine andere Weise einzuführen.

In Beuthen hielt er einen Vortrag über „Proletarische Wehrpolitik“. Den Panzerkreuzerbau versuchte er den SPD-Arbeitern mit der Erklärung schmacht zu machen, „daß der Sozialist grundsätzlich Pazifist ist, aber darüber die Möglichkeit kriegerischer Konflikte nicht vergißt!“ mit anderen Worten: für den neuen imperialistischen Krieg rüsten!

Ueber diese Propagandarede gab es nach einem Bericht dieses Herrn Koitz im „Volksblatt“ eine „sehr ausgedehnte Debatte“, deren Inhalt und Tendenz Koitz natürlich verschweigt, die aber ihren Niederschlag in zwei eingebrachten Entschlüssen fand, worin die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag als gefordert und die Haltung der Parteiverwaltung und die Panzerkreuzerpropaganda im „Volksblatt“ verurteilt wird.

Koitz berichtet zwar triumphierend, daß sein Panzerkreuzer-„Sozialismus“ in dieser Versammlung gesiegt habe, die Resolutionen wurden an dem „mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt“, aber uns scheint, als wenn das nur ein Pyrrhus-Sieg gewesen ist. Auch bei den sozialdemokratischen Arbeitern Oberschlesiens wächst die Erkenntnis, daß die SPD-Führer, die Koitz und Co., in Wahrheit nicht proletarische Interessen, sondern die Interessen des deutschen Imperialismus vertreten.

Gleiwitz

Der Gleiwitzer Arbeitsmarkt.

Die in den letzten zwei Wochen angestiegene Hauptunterstützungsziffer hat in dieser Woche einen schwachen Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützten ist von 890 auf 883 und die Zahl der Arbeitslosen von 158 auf 188 zurückgegangen. Die produktive Arbeitslosenunterstützung hatte gleichfalls einen Rückgang von 100 auf 91 aufzuweisen, so daß die Gesamtzahl der Arbeits-

Schauspielhaus Stadt-Theater Breslau

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 3630
Mittwoch, 20 Uhr:
Gräfin Mariza
Donnerstag, Freitag
20 Uhr:

Wandeleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Vollendung n. Anzeigen, Briefe
und Schnapflagen

Övelnue

Sie verdienen Sie täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur per Fernkommun.

Reste
„Serge, Kiste, Ge-
wand, Kermesfalter
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdöl
alles sehr billig
prima Ware

Detail und Einzel
Berth Lippert
Breslau
Gleiwitzer Str. 16
Mittwoch, Donnerstag, 19
Welfenbergsstr. 33

Genossen

Wardt für
Gute Presse

Max Pollack
Hindenburg
Kronprinzstr. 134
Cinoleum / Wachstern
Tepplche / Gardinen

Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Replerstr. 55
Artur Bürger Gemüße, Kolonial- und Tabakwaren Anlandstraße 7
B. Cyprian, Replerstraße 10
Schokoladenhaus Fr. Perliner, Replerstraße 60
Wäsche - Bettfedern Carl Unger, Replerstraße 20
Gustav Lehmann, Sorauer Straße 15
Gm. Melasch, Sorauer Straße 24
Ferm. Bentert, Ludwigplatz Nr. 21
Otto Schulz Sorauer Straße 29
THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19
Zur goldenen 34 A. GANTZ
Damenpuß Maria Garad

Brot, Weiß- und Feinbäcker Paul Bürger, Dorotheenstraße 5
Adolf Sello :: Goldschmied Spezialität: Trauringe
MAX APELT / Zigarronhaus
S. & N. Crohm Damenkonfektion
Alfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
ELSE HOFFMANN
Die Saganer Central-Molkerei
Geht alle ins Sanwal-Isaak
Fahrräder Nähmaschinen ROBERT RICHTER
Brand & Klaus
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Grünberg

P. Franke Laufgerstr. 122 Möbel- und Bautischlerei
P. Rohall, Moderstr. 57 Schuhe
G. Böhme - Postmarkt 6 Brot- und Weißbäcker
Feine Fleisch- u. Buchwaren
Fritz Gutsche / Breite Straße 73
Brot- und Feinbäcker
Norbübel - Nordwaren
Uhren und Goldwaren
Feine Fleisch- und Buchwaren
G. Adler - Postplatz
Spirituosen
Brot- und Feinbäcker
Otto Ringel, Niederstraße 54
Milk- Butter- u. Käsegeschäft
Brauererei Gebauer

G. Gebhardt, Ring 9
Automobil-Fahrschule
Köstritzer Schwarzbier
Paul Mohr, Niederstraße 10 a
Gardinenhaus V. Sander
Kaufhaus Bornstein
Nittelmann & Riebel
Gislandtorei B. Glöner
Kunella Gold
W. Grau
Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5
Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln
Fleisch- und Wurstwaren
Grünberger Bergschloß-Biere
August Gürnth
Karl Völkers
Möbel
Joseph Franz jr.
W. Grau
Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau Marie Winter, Friedrichstraße 12
Theodor Bring :: Ring 30
Mag Grindel, Stodstraße 8
Otto Diezorel
Gehr. Janner, Liegnitzer Straße 34
MAX SCHREIBER
Hermann Stiller

Hirschberg Fahrräder - Motorräder Nähmaschinen
Otto Scholz, Fleisch- u. Buchwaren
H. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11
Fleischerei und Wurstfabrik
Kaufhaus Dieroff
OTTO SPÜTH & SOHN
Herrmann Hirschfeld

Neusalz Paul Walter, Berliner Straße 35
H. Stephan :: Freystädter Straße 15
Arbeiterbekleidung
Lebrecht Hüner
Möbelkühlerei - Sargmagazin
EMIL WIESNER
ALBERT KUNKE
Kaufhaus Bornstein, Freystädter Straße 14

Max Jordan Friedrichstraße 30
HENRICH HEIZNEL
Adolf Lehmann
Paul Wille, Berliner Straße 37
A. Gentzel :: Markt

Sproßtau Verkehrslocal "Zur Altdentschen"
Breslauer Konfektionshaus
FAHRRADHAUS
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Billig und gut
Adolf Schindler, Markt 36
Glogau

Goldberg Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Alfred Richter, Friseurgeschäft
Spezial-Hut-Haus
Bunzlau H. Schumann, Gubenberger Str. 52
Fahrradhaus Hoffmann

D. L. Pacifer's Wwe. Haus-, Bett- und Leibwäsche
Bekleidungshaus
H. Hamann / Markt 41
A. STROKOSCH / MARKT
Gust Wolf :: Mühlgrabenstraße 23
Mag Schreidt // Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knabenbekleidg.
Hirschberg-Cunnersdorf
Neusalz
M. Zuckermann, Markt 2

Liegnitz Brot, Weiß- und Feinbäcker
Eugen Aker, Mittelstraße 36
Berliner Fahrradhaus
Fahrräder, Nähmaschinen, Schneemaschinen
Mag Kühn :: Schloßstraße 20
G. Hansen Nachfolger
Emma Wügler :: Wilhelmstraße 13
Paul Groß :: Breslauer Str. 1
Wintergarten, Weiß- u. Ros

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Konfektionshaus Bogorjelsky
Gustav Blümel, Breslauer Straße 88
Uhren und Goldwaren
Willy Rothe, Breslauer Straße 33
CARL KRÜGER
Max Süßmann
Fahrräder / Nähmaschinen

Friseur W. Welzel
Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen
Brot- und Feinbäcker
Wisa-Fahrräder - Nähmaschinen
Preiswerte Tabakwaren
Liegnitz Max Futter, Ring 9/10

Geknickte Hoffnungen

Briands Kriegsrede — Die Verstärkung im Panzerlager

al. Wie hieß es nur?

Poincaré ist der Kriegsheer. Aber Briand ist der Friedensfreund. Poincaré ist für Völkerverheugung und für Imperialismus. Aber Briand für Völkerverständigung und für Pazifismus. Poincaré und der Bürgerblock können sich nicht verständigen, daher keine Rheinlandräumung, keine Verringerung der Dawes-Lasten, keine Beseitigung des Versailler Verslavingsfriedens. Aber Briand und eine deutsche Regierung mit starkem sozialdemokratischen Einfluß werden alle Gegensätze aus der Welt schaffen, die Räumung der besetzten Gebiete wird in schnellem Tempo folgen, die Härtten des Versailler Vertrags werden beseitigt, die Abrüstung energisch in Angriff genommen werden.

Wer erinnert sich nicht an die Lobeshymnen an Briand in der sozialdemokratischen Presse, an die betrügerischen Zusagen, die die SPD. mit der Legende Briand verknüpfte?

Und heute?

Heute schreibt der „Vorwärts“, daß die Rede Briands Enttäuschung und Niedergeschlagenheit hervorruft. „Diese Rede bedeutet einen Rückschlag in der auswärtigen Politik nicht nur Deutschlands und Frankreichs, sondern ganz Europas.“

Das ist die Sprache der betrogenen Betrüger.

Sie haben wahrlich genügend Grund, zu winseln und zu jammen. Denn die Rede Briands bedeutet eine Niederlage der gesamten, seit vielen Jahren verkündeten sozialdemokratischen Außenpolitik, wie man sie sich kaum vornehmender vorstellen konnte.

Inmitten des fieberhaften Wettrüstens in allen kapitalistischen Staaten erklärt Briand, der edle Pazifist, daß eine Erhöhung der französischen Rüstungen nicht stattfindet, daß das Rüstungswettrennen überhaupt eingestellt würde, daß Deutschland keine weiteren Konzessionen in der Frage der Rheinlandräumung, des Versailler Vertrages, der Dawes-Lasten, zu erwarten habe.

Zusammenbruch der Locarno-Hoffnungen! Zübel Schläge auf einmal! Ergebnislose Versuche der deutschen Botschaftsvertreter, eine Korrektur der Rede Briands zu erreichen. Was nun?

Der „Vorwärts“ und die demokratische Presse unternehmen den kläglichen Versuch, die Tragweite der französischen Kriegsrede dadurch herabzusetzen, daß sie von einer Erregung und Mißstimmung Briands schwagen, die der Ausdruck Müllers vom „doppelten Gesicht der internationalen Politik“ hervorgerufen haben soll.

In Genf sprach aber nicht Briand als Privatperson. Und Herr Briand ist nicht böse auf Herrn Müller. In Genf sprach der französische Imperialismus, der vor kurzer Zeit mit dem englischen Imperialismus ein Bündnis abgeschlossen hat. In Genf sprach Briand als Beauftragter und Wortführer der englisch-französischen Kriegsfrent gegen die Sowjetunion.

Die Rede Briands ist gleichzeitig der Ausdruck für die zunehmende Schärfe der Gegensätze zwischen den imperialistischen Räufern der ganzen Welt. Unter diesen Gegensätzen spielt der deutsch-französische Gegensatz eine große Rolle. Es war eine der gefährlichsten Lügen der deutschen Sozialdemokratie, daß die deutsch-französische „Verständigung“ nur durch einige böswillige Friedensstörer verhindert wird. Ein imperialistisches Deutschland und ein imperialistisches Frankreich kleiner Konkurrenten! Sie kämpfen um die Hegemonie auf dem europäischen Festlande mit wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Mitteln.

Und wer steht hinter Briand? Paul Boncour und die anderen Führer der französischen Sozialdemokratie, ebenso wie in Deutschland Müller und die anderen Panzerkreuzer-Sozialisten hinter Stresemann stehen. Die Rede Briands ist die Antwort auf das Brüsseler Räumungsgeschwätz der Zweiten Internationale und dokumentiert ebenso die Verlogenheit wie die völlige Ohnmacht der Zweiten Internationale.

Nationale Einheitsfront von Poincaré-Briand bis Boncour in Frankreich, von Stresemann, ja von den Deutschnationalen bis Müller in Deutschland! Man lese die warmen Worte der Anerkennung für Hermann Müller in der deutschnationalen „Börnsenzeitung“, die ausdrückliche Feststellung, daß Müller nicht als Parteimann, sondern als Vertreter der deutschen Nation gesprochen habe!

Zunehmende Gegensätze zwischen den Sozialimperialisten, zunehmende kapitalistisch-sozialdemokratische Einheitsfront in allen imperialistischen Ländern: zwei Seiten einer und derselben Erscheinung.

Jules Sauerwein, der journalistische Klopffechter des französischen Finanzkapitals, erklärt: man muß jetzt „Schluß machen mit den Illusionen“. Man muß „realistisch“ die Dinge sehen. Auch Briand spricht davon, daß man mit den sentimentalen theatralischen Gesten (er meint die Abrüstungsreden) aufhören müsse.

Diese Worte haben tiefere Bedeutung. Die dünne pazifistische Haut des modernen Imperialismus schrumpft immer mehr zusammen. Das Fleisch und Blut: das ist der Krieg. Die Sprache des Krieges: die Sprache des „Realismus“. Briand und Müller: ein und dieselbe Politik!

Werden die Arbeiter, werden die werktätigen Massen die ganze Tragweite der Genfer Ereignisse begreifen? Werden sie erkennen, daß die Locarno-Politik der Sozialdemokratie, die in Genf einen schmachvollen Zusammenbruch erlitt, derselbe Betrug an der deutschen Arbeiterschaft war wie der Panzerkreuzerschwindel? Von selbst nicht! Unser Kampf gegen den

pazifistischen Schwindel muß dafür sorgen, daß die breitesten Massen die Lehre von Genf ebenso begreifen wie die Lehre des Panzerkreuzers. Laßt euch nicht verwirren durch das diplomatische Känstelspiel! Die Wege der bürgerlichen Diplomatie sind kompliziert. Aber der Weg des Proletariats ist einfach und klar. Die Gegensätze zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus, und damit zwischen den Sozialimperialisten dieser Länder, wurden im Zusammenhang

mit der Weltlage immer größer. Das französische und das deutsche Proletariat haben aber dieselben Interessen! Schulter an Schulter werden die französischen und deutschen Arbeiter gegen die Kriegspläne der Imperialisten in Paris und Berlin, zum Schutze der Sowjetunion, zum gemeinsamen Kampfe gegen das internationale Finanzkapital aufmarschieren. Das wird unsere Antwort auf Genf sein!

Aus aller Welt

Das Gatter Zugunglück

Bisher 25 Tote geborgen

U. Prag, 12. September. In dem Eisenbahnunglück in Sals wird von der Direktion der tschechischen Staatsbahnen in Brünn mitgeteilt, daß bis Dienstag 25 Tote aus den Trümmern geborgen wurden. Von diesen konnten vier Personen, drei Frauen und ein Mann, nicht identifiziert werden. Unter den bisher festgestellten Toten befinden sich außer den bereits gemeldeten noch die Eheleute K l e r l und Anna J e r n i g aus Breslau. In das Brünner Krankenhaus wurden u. a. folgende reichsdeutsche Verletzte eingeliefert: Anna Ostro-Rohberg aus Pommern, Ferdinand Kahler-Neufeldt OS.

Nach dem furchtbaren Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei geht nach dem Muster der Dawes-Reichsbahndirektion prompt der Dementi-Apparat ein und sucht nach den „Schuldigen“. Natürlich ist der „Alleinschuldige“ wieder ein Arbeiter-Weichensteller, der durch falsche Weichenstellung das Unglück herbeigeführt haben soll. Derselbe wurde sofort vom Dienst suspendiert und soll bereits einen Selbstmordversuch unternommen haben, um sich einer Bestrafung zu entziehen. Kollegen verhinderten rechtzeitig den Selbstmord und übergaben ihn der Gendarmerie.

Ganz gleich, ob es sich in diesem Falle wirklich so verhält und der Weichensteller an diesem Unglück die Schuld trägt oder nicht, so ist auch hier zu sagen und hervorzuheben, daß dieses Unglück nur geschehen konnte durch die unerhörte Ausbeutung der Eisenbahner, die durch überlange Arbeitszeit und niedrige Entlohnung in der Tschechoslowakei genau so wie in Deutschland bis aufs Letzte ausgepöbert

werden und ihren Dienst deshalb nicht mehr mit der notwendigen Aufmerksamkeit leisten können.

Ein früherer Bürgermeister als Sparassenschiebler

U. Gagen i. W., 11. September. Bei der Amtspartasse Esloh ist man großen Unterschlagungen auf die Spur gekommen. Die Hauptbeschuldigten sind nach den bisherigen Ermittlungen der frühere Bürgermeister des Amtes Esloh, der im Juni d. J. pensioniert wurde, ferner der Rentant der Amtspartasse und der Kaufmann König aus Dortmund. Die Beschuldigten haben sich seit 1925 gemeinsam auf Grund von Blankoaktzepten und fingierten Sparassenskonten erhebliche Beträge angeeignet. Gegen die Angeschuldigten ist Haftbefehl erlassen worden. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt, so daß ein Teil der Verbindlichkeiten gedeckt werden kann. Immerhin dürfte mit einem Verlust von 100 000 Mark zu rechnen sein.

Windhose über Jütland. U. Kopenhagen, 11. September. Am Dienstagvormittag wurde die Drikschast-Häbro auf Jütland von einer Windhose heimgesucht. Mehrere Gebäude wurden dem Erdboden gleichgemacht. Zahlreiche Dächer sind abgedeckt worden. Bei dem Zusammensturz eines zweistöckigen Hauses wurde ein Mann schwer verletzt. Die Windhose riß zahlreiche alte Bäume um. Große Holztrümmer wurden 100 Meter und weiter durch die Luft getragen.

In der Scheune verbrannt. U. Saarbrücken, 12. September. In Pflugscheid brannte die Scheune eines Bergmanns nieder. Das drei Jahre alte Kind des Besitzers kam dabei vor den Augen der Eltern in den Flammen um.

Schweres Automobilunglück. U. Bochum, 12. September. Auf der Essener Chaussee überfiel sich ein mit sechs Personen besetztes Automobil aus Dortmund und geriet in Brand. Von den Insassen mußten vier mit schweren Brandwunden und anderen Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden.

Wir empfehlen unsere
Buchdruckerei
zur Anfertigung von

- Werken
- Plakaten
- Briefbogen
- Rechnungen
- Programmen
- Einlaßkarten
- Flugblätter
- Massenauf-lagen usw.

Gute Ausstattung | Niedrigste Preise |



PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Akten-Gesellschaft
Berlin

H. Breslau
Treibitzer Str. 50

Radfahrer!
Nur in der
Nr. 7
L. Sieu, Katharinenstr. 7
gegenüb. d. Pavotanzahn.

Über Sie Ihren Bedarf an Teilen u. Fahrrädern decken.

Einige Beweise:

- Pa. Decke, rot 3.70
- grau 3.60 Mk.
- Rennlenker 2.85 M.
- Felgen-Bremse Wipp“ 3.50, vern.
- Rahmenpump. 0.65
- Rennheb., 4 St. 1.15

Reparatur, jeder Art schnell und billigst!

Kompl. Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, Bequeme Teilzahl, ohne Aufschläge

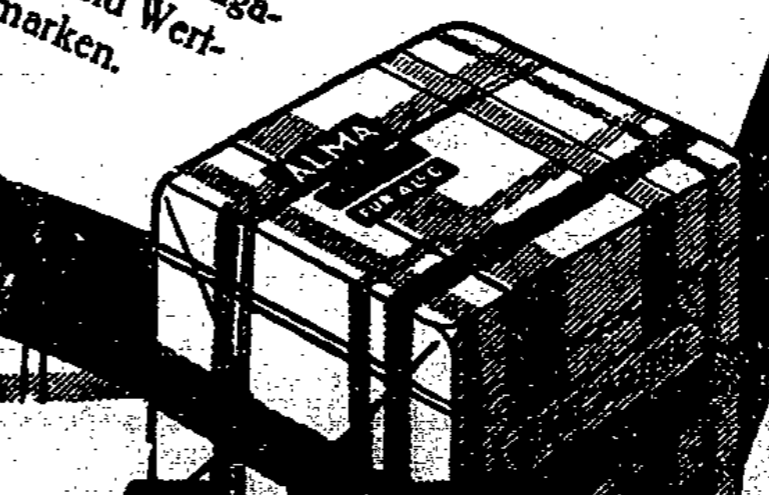
Jedes Vorurteil ist das Eingeständnis mangelnder Erfahrung!

Man hört immer wieder die Behauptung: Margarine sei weniger nahrhaft als Butter! Wissen Sie nicht, dass gute Margarine nach den Gutachten namhafter Gelehrter den gleichen Nährwert besitzt und das Gesetz denselben Fettgehalt vorschreibt? Ist Ihnen bekannt, dass

„Alma, die Margarine für Alle“

in den grossen Blauband-Werken unter peinlichster Wahrung völliger Keimfreiheit hergestellt und von keiner Menschenhand berührt wird? Sie können es nicht gewusst haben, sonst wären auch Sie längst eine begeisterte Freundin von „Alma“.

Für nur 85 Pfennig erhalten Sie ein ganzes Pfund — aber ohne verteuernde Zugaben und Wertmarken.



ALMA
DIE MARGARINE FÜR ALLE

Festgelage im Rathaus

Stimmungsbild vom ADB.-Kongress

Hamburg, 5. September.

Seitens abend empfing der Hamburger Senat die Delegierten des 12. Gewerkschaftskongresses im Rathaus.

Vor dem Rathaus folgten die Herren Arbeitervertreter mit „ihren“ Damen aus dem Auto. Am Eingang wurden sie von den Polizeioffizieren freundlich begrüßt. Egger und die anderen „lungen Männer“ im Bundesvorstand suchen nach Grafmann, der an Stelle des „besseren“ Deputats als Stiefel-lecker vor dem Hamburger Bürgermeister zu erscheinen vorgelassen ist. Endlich tritt Herr Grafmann ein. Heute ist sein Schnurrbart besonders fein säuberlich nach oben gewirbelt. Er hat eine große Besorgnis im Kreise seiner Freunde ver-

meisters. Die Gewerkschaften stehen heute anders zum Staat als früher. Sie bekennen sich zu diesem Staat, da er das Recht an Stelle der Gewalt setze. Auch Grafmann leiert seinen Schläger herunter: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist nun das Ziel der freien Gewerkschaften, das von anderen Kreisen anerkannt wird. Die Gewerkschaften bestreben, mitzuarbeiten an der Wirtschaft“. Er schließt mit „Wünschen“ für den Hamburger Senat.

Dann begeben sich die Herren und Damen (darunter einige mit Vorkaufs) auf die Ballons, um — wie immer — von oben herab sich den Hamburger Arbeitern zu zeigen. Auf dem Platz vor dem Rathaus rücken etwa 900 Arbeiterportier heran. Die übrigen 30 000 Hamburger Arbeiterportier zogen es vor, nicht vor den Reformisten und Koalitionsbrüdern zu paradien. Auf dem Platz selbst standen nicht mehr als 400 bis 4000 Menschen, von denen der größte Teil nur zufällig hinzulam. Oben regten sich einige Bürokraten über das Transparent der Arbeiterportier mit der Aufschrift: „A m p f dem Wertport“ auf. Auch war man unzufrieden, daß die Sportler hin und wieder ein revolutionäres Lied spielten.

Die empfindlichen Arbeiterportier verließen eben noch nicht die Wünsche dieser Herren.

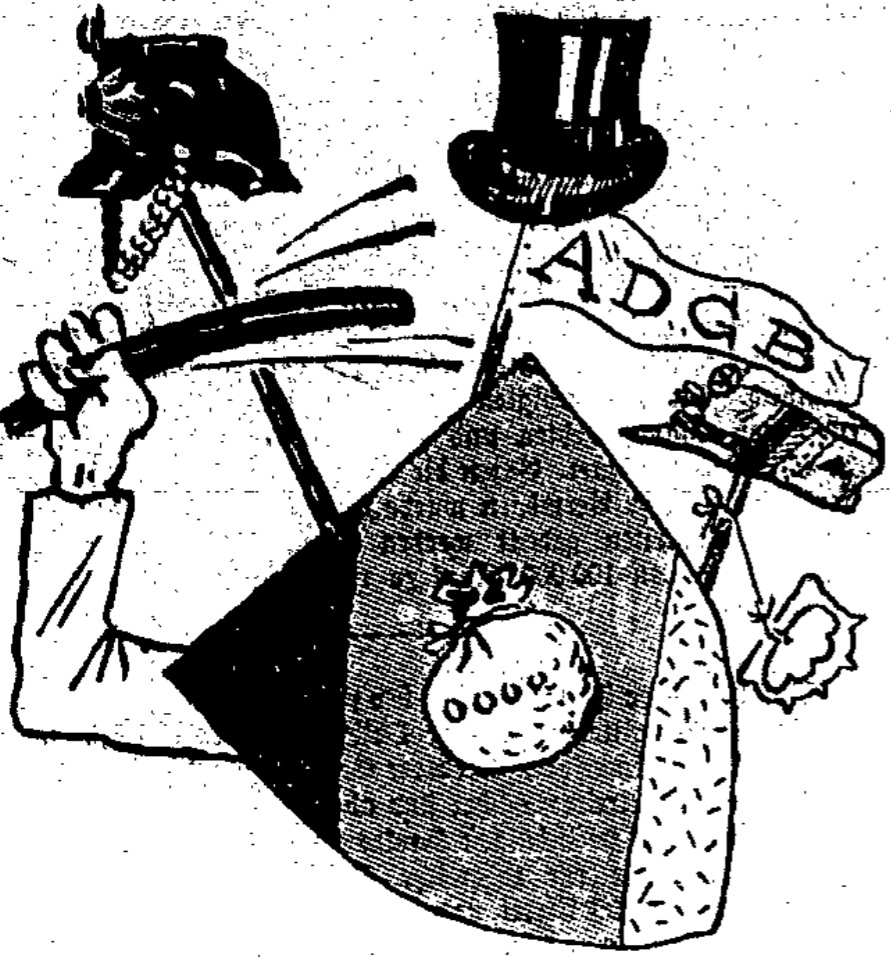
Trotz erneuter Polizeischikanen konnte nicht verhindert werden, daß auf dem Platz anwesende revolutionäre Arbeiter den Bürokraten Mahnungen zutiefen. Auf den Ballons waren diese Ruhe der Arbeiter deutlich bemerkbar. Diese „Sicherung“ hatte den Grafmann-Büden von wegen der hohen Empfangs-herren und -damen nicht lie den Stram.

Nachdem die „Herren Arbeiterführer“ von den Sportlern genug hatten, ließen sie sie wieder abdrücken und begannen mit dem großen Abendessen im Grundstein Keller auf Staatskosten, das bis nach Mitternacht andauerte.

So legt das „Parlament der deutschen Arbeiterklasse“, repräsentiert von einer Clique ausgehauener Bürokraten mit kalten Gesichtern und kalten Händen, dessen einziges „Ideal“ letzte Proben für ihre Stiefelkeder, für ihre Schandfäden zu sehen, ist. Mit Abscheu und Verachtung wenden sich die revolutionären Arbeiter gegen diese reformistische Bürokratie, gegen diese Herren, die blutige Proskafationen auf junge Gewerkschaftler organisieren, die kommunistische Pressevertrager aus dem Tagungsaal herauswerfen lassen und obendrein noch auf Kosten der hart schuftenden Hamburger Arbeiter an Festgelagen teilnehmen.

Die organisierten Arbeiter werden es daher begrüßen, daß die oppositionellen Kongressdelegierten dem Empfang und Abendessen im Rathaus demonstrativ fernblieben.

P. Rodin.



Wahrzeichen des ADB.-Kongresses

nehmen: „Was mach ich denn? ... mein Chauffeur wartet unten. Daß er nur nicht mit dem Auto jetzt wegfährt.“

In Kreisen der Empfangenden sieht man den sozialdemokratischen Polizeioberst Danner mit Ek. 1 geschmückt, der von Ehrenleit, Grafmann und anderen besonders warm begrüßt wurde. Das war wohl der Dank an die Polizei, nachdem seit dem Kongress dem Reichsbanner für das gemeinsame Bünden mit der Polizei gegen die freigewerkschaftliche Jugend am Sonnabend nachmittags gedankt hatte.

Nun beginnt der Hamburger Bürgermeister Peter sen mit seiner Vorlesung. Wir einer offensichtlich gekünstelten Beweglichkeit liest er vom Manuskript ab, in dem etwas von der erfreulichen Entwicklung der freien Gewerkschaften geschrieben steht. Natürlich darf der alte Schläger von Peter sen: „Der Einheitsstaat“ nicht fehlen. „Die freien Gewerkschaften sind die besten Kräfte zur Schaffung des Einheitsstaates“. Er endet mit der Begrüßung „unserer guten Freunde und tapferen Mitkämpfer“ (wörtlich).

Dann erwidert Peter Grafmann, der zweite Vorsitzende des ADB.: „Hochverehrter Herr Bürgermeister, hochverehrte Gäste“. Er ist erfreut über die „warmen“ Worte des Herrn Bürger-

Reichstagung des Arbeiter-Radio-Bundes

Im Zusammenhang mit der Funkausstellung tritt am Sonnabend, den 8. September, die vierte Reichstagung des Arbeiter-Radio-Bundes im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Der Arbeiter-Radio-Bund, eine der jüngsten Arbeiterorganisationen, muß zu dieser Tagung die Aufmerksamkeit aller anderen Arbeiterverbände bekommen. Die Reichstagung muß erneut alle Hemmnisse und Hindernisse, die einer Verbreiterung des Arbeiter-Radio-Gedankens entgegenstehen, prüfen, und geeignete Maßnahmen beschließen, die die bisherige Isoliertheit abstellen. Noch immer strömen dem Rundfunk neue Hörerschichten zu, in 2½ Millionen Haushaltungen stehen heute schon Empfangsgeräte. Der Rundfunk hat sich die breite Masse erobert, seine Verbindungen erreichen jetzt schon wenigstens den sechsten Teil aller deutschen Einwohner. Die Spezialtruppe der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den bürgerlichen Rundfunk hat angesichts dieser Massenbeteiligung mehr als genug zu tun, die Hörerschichten aufzurichten, zu wecken und zu sammeln zum Vorstoß gegen den reaktionären Rundfunk.

Die Arbeiter-Radiobewegung darf niemals erlahmen, den Gegensatz zum bürgerlichen Rundfunk klar auszusprechen. Wie in jeder Arbeiterorganisation sind jedoch auch im Arbeiter-Radio-Bund Strömungen vorhanden, die durch gutes Zureden und Ausnutzung aller Kanäle gewisse Verbesserungen an den heutigen bürgerlichen Einrichtungen durchzusetzen glücken. Die jetzige Reichstagung des Arbeiter-Radio-Bundes billigt durch-aus diese Kanalspolitik. Erstrecktweise stehen eine Reihe von Gruppen im Reich und vor allem die Berliner Organisation gegen eine solche Auffassung in schärfster Opposition. Die Berliner Organisation hat sich erst in voriger Woche wieder einmütig zu der klaren proletarischen Auffassung bekannt, daß nur die einheitliche Kampflinie aller Arbeiterhörer unter Führung des Arbeiter-Radio-Bundes in der Lage sein wird, Schritt für Schritt die Forderungen der Arbeiterklasse zu verwirklichen. Die Ver-sammlung lehnte einmütig die Auffassung ab, wozu durch persönliche Beeinflussung und Verhandlungen mit einzelnen amtlichen Stellen, mit Ministerialräten das Rundfunkprogramm geändert werden kann. Der einzige positive Faktor für eine proletarische Kulturpolitik auf dem Rundfunkgebiet ist die Mobilisierung der Hörermassen und der Zusammenstoß aller am Rundfunk interessierten Arbeiterorganisationen. Der Verzicht auf Mobilisierung der Hörer bedeutet eine Forderung der Passivität und Gleichgültigkeit, zerstört den Kampfeswillen und ist faktisch eine Stärkung des Massengegners.

Die Berliner Resolution fordert als wichtige positive Tat die Schaffung von Arbeiter-Programmkommissionen, nicht allein zu dem Zweck der Programmbeeinflussung, sondern vor allem als ein Mittel zum Kampf für die Errichtung von Arbeiter-sendern. So wie die Arbeiterklasse als Abwehrmaßnahme sich ihre Nachrichtenorgane in Form der Arbeiterpresse unter un-säglichen Opfern und Mühen geschaffen hat, so muß sie auch um das Recht der eigenen Arbeiter-sender kämpfen. Der Verzicht auf diesen Kampf bedeutet Kapitulation vor dem Bürgertum und die Auslieferung der werktätigen Massen an das stärkste Propagandamittel der Bourgeoisie, den bürgerlichen Rundfunk. Für die Berliner ist die Frage des Arbeiter-senders äußerst dringend. Im Osten Berlins wird noch in diesem Winter ein zweiter Sender entstehen, der unbedingt ein zweites Berliner Programm unter Leitung des Arbeiter-Radio-Bundes bringen muß. Er muß eine Tribüne des schaffenden Volkes werden. Möge der Wühlener Sender auch weiterhin seine Predigten für die Herrschenden zum Kurfürstendamm und von Berlin-Westen verbreiten! Der Sender des Berliner Ostens muß ein Arbeiterprogramm bringen!

Mit dieser Plattform erscheinen die Berliner Delegierten auf der Reichstagung. Im Interesse der Arbeiter-Radiobewegung ist es zu wünschen, daß diese Auffassung der Berliner Vertreter die Mehrheit der Delegierten hinter sich bringt. Die Konferenz muß sich aber eine solche Reichsleitung wählen, die die Gewähr bietet, im Sinne dieser Plattform zu arbeiten. Es muß klar ausgesprochen werden, daß eine solche Leitung nur aus Genossen bestehen kann, die eng mit der Arbeiterbewegung ver-wachsen sind, die die marxistische Staatslehre anerkennen, die sich für die Arbeiterbewegung einsetzen, die klar sind, daß es eine Teilung der Macht nicht geben kann, daß ein Rundfunkprogramm halb rot, halb schwarz unmöglich ist, daß es nur das eine oder das andere gibt. Wer mit der Bolschewiki-Konferenz baut, wer mit den individuellen Verbänden wirtschaftlichen Sorgenfriedens kämpft, der ist zur Führung eines proletarischen Kampfes um den Rundfunk ungeeignet.

Die Reichstagung wird auch auf technischem Gebiet sich über wichtige Probleme auszusprechen haben. Einzig hat die

deutsche Regierung als letzte der europäischen Staaten die Kurzwellensender für Amateure freigegeben und damit für die deutschen Radioliebhaber ein Gebiet erschlossen, das von un-erhörter Bedeutung ist. 35 000 Kurzwellensender bestehen heute schon in den Vereinigten Staaten. Sie werden Tag für Tag in Betrieb gesetzt und bilden nicht nur ein vorzügliches Hinterland für militärische Operationen, sondern helfen auch bei wiss-tigen wissenschaftlichen Experimenten über die Verbreitung und Ausbreitung der Radiowellen. Vom 1. Oktober ab wird nun auch in Deutschland den Amateuren dieses Kurzwellengebiet erschlossen werden, nachdem die wichtigsten europäischen Länder schon lange Zeit vorher das Senden freigegeben haben. Der Verantwortliche für diese Freigabe ist der Innenminister Geve-ring, der nun nicht etwa den Arbeiter-Radio-Bund besonders bevorzugt hat. Seine wohlweise Anordnung lautet: Der fachliche Funktechnische Verband erhält 800 Sender, der Arbeiter-Radio-Bund 150. (!) So wirkt sich auch auf tech-nischem Gebiet die Koalition mit dem Bürgertum aus. Die alte Reichsleitung hat nichts getan, gegen diese Regelung zu protestieren, hat nicht einmal in der Öffentlichkeit auf diese Bevorzugung der fachlichen Organisation aufmerksam gemacht. Sie wagte es nicht, gegen die arbeiterfeindliche Tat Geve-rings zu protestieren.

Zu der Reichstagung liegen eine Reihe von Anträgen auf Umstellung der Organisation, auf Erweiterung zu einer Hörer-gemeinschaft vor. Wenn der Arbeiter-Radio-Bund sich wirklich auch organisatorisch eine Gewähr schafft, tiefen in die breiten Massen einzudringen, dann wird es bei guter proletarischer Führung der Organisation möglich sein, einen ernsthaften Vorstoß gegen die Reaktion am Rundfunk zu unternehmen. Die Arbeiter-Radio-Organisation braucht diesen Resonanzboden, braucht die Massen der proletarischen Hörer, die den einzigen realen Machtfaktor zur Eroberung des Rundfunks darstellen.

Hoffen wir, daß die Delegierten sich im Sinne dieser Aus-führungen entscheiden. Paul Funkmann.

Alltägliches

Von Fritz Vogtländer.

Wülig warte ich auf meine Straßenbahn. Nachmittags kurz vor 6 Uhr, im Norden von Berlin. Drei Bahnen kamen schon, aber nicht meine.

Ein junger Arbeiter sucht einen erst einmal benutzten Fahr-schein. Endlich bekommt er einen, kann gerade noch den Anhänger-wagen der eben abfahrenden Bahn erreichen.

Dieser Bahn entstieg Männer und Frauen, ihrer Woh-nung zuweilen. Für heute war wieder einmal genug geschuftet. Feierabend. Doch einer stieg aus, der noch nicht Feierabend hatte. Ein Knabe, etwa 13 Jahre alt. Unter dem linken Arm trug er ein Paket mittlerer Größe. Ueber der rechten Schulter eine Schnur mit zwei Transmissionsröhren, zwei Holzrädern von ungefähr 30 Zentimeter im Durchmesser. Eins hing nach vorn, eins nach hinten. Quer über den Damm ging er, — und blieb fast in der Mitte des Damms stehen.

Ein kräftiger, gutgeleiteter Knabe, etwa gleichen Alters, kommt auf tadellosem Fahrrad und Klingelst heftig. Er fährt vorbei. Unser Freund aber dreht sich ganz nach ihm um, schaut hinterdrein. Was er wohl denkt?

Weiter geht er. Auf dem Bürgersteig fallen ihm die Riemen-scheiben hin, die Schnur rutscht von der schmalen Schulter. Er wirft sie über die linke Schulter. Bald rutschen sie auch dort ab. Da. — Wieder ein Kind mit Fahrrad. Ungefähr 11 Jahre, im Plattenanzug. Es hebt den linken Arm, Klingelst, und biegt um die Ecke.

Jetzt versucht unser Freund, links und rechts je ein Rad über die Schulter zu legen. Es scheint so besser zu gehen. Wie lange? Doch dort kommt meine Straßenbahn. Fr.

Für ein proletarisches Zeittheater

Für ein proletarisches Zeittheater wollen die Sonder-aktionen der Volksbühne werden. Sie wollen die Massen aufnehmen, deren Wunsch und Wille ein Zeittheater ist, das mit neuen künstlerischen Mitteln den Kampf der Arbeiterklasse unterstützt und belebt. In einem Spielplan, der besonders, nur für die Sonderabteilungen einstudierte Stücke, sowie Aufführungen der Piscator-Bühne vorzieht, wollen sie diesem Willen Ausdruck geben. Donnerstag, den 13. September, 1930 Uhr, ist in den Sophien-sälen, Zepfstraße, am Hackeschen Markt, die große Kundgebung der Sonderabteilungen „Für ein proletarisches Zeit-theater“. Man wird die Sprech- und Bewegungschöre der Volksbühne und Karl Vogt. Unkostenbeitrag 20 Pfennig

Oloffe vom Tage

Auf dem Berge sitzt ein Greis...

Als der Panzerkreuzer bewilligt und das 36 000-Tonnen-Schiff vom Stapel gelassen war, hielt „unseren“ Hindenburg nichts mehr im Anke. Unbeschwert von Regierungsgeschäften enteilte er als Privatmann in das gesegnete Land, das Luden-bors, den Granjosen und Judenfreund, heberbergt. In Die-tramsjells grünem Fort schied er nun das Reh.

Doch, 3 Schied, als der eiserne Jeldmarshall a. D. seine zweiundachtzigjährigen Beine gerade hinter einem flüchtigen Gemshod herjagte, verübten jüngere Subenhände, schonungslos die Abwesenheit ihres Schirmherrn auszunutzen, einen unerhörten Frevel. Das Postamt, eine der wichtigsten Behörden von Diet-tramsjells, hatte sich entschlossen, seinem besten Kunden zu Ehren die republikanischen Farben heranzuhängen. Das beleidigte das Auge der p. p. Nationalisten, die unter Einziehung von Persönlichkeit und Leben den „Novemberfesten“ zur Schläfenszeit herunter-böllen und die alten Reichsfarben hielten. Das beleidigte das Auge der p. p. Republikaner, die unter Einziehung von 15 Pfennig Postis eine garantiert echte Arbeiterzeitung von dem Sachver-hält in Kenntnis setzten. Und der Spektakel war da...

Unser Hindenburg hatte sich in dieser Nacht ausgerechnet hinter einer Gemse verpölet und so wußte er nichts davon. Aber die republikanische Presse zweifelte nicht daran, daß er den amt-lich beglaubigten Farben des Reichspräsidenten den „nötigen Respekt“ verschaffen würde. Am 2. in der nächsten Nacht hielt ihn die Gemse fern. (Es geht das... über eine eiserne Ge-schwindigkeit, durch Stahlbader erhartet!) Und vielleicht ist Er der Gemse immer noch auf die Fersen; denn bis heute hat er (der Kaiser) offenbar noch nichts unternommen, um seinen (des Reichspräsidenten) Farben den nötigen Respekt zu ver-schaffen. Tut er's, tut er's nicht? Frage! Redakteure pflücken die Köhnelblume. Und der Privatmann Hindenburg amüsiert sich mit seiner Gemse. Vielleicht ist er auch gerade, mit Schmelzbecken beschäftigt, in den Bergen, wie weiland Moses auf dem Berge Sinai! Statt der zwei Gemsestafeln, die man heute üblicherweise herstellt, werden wir vielleicht nächstens einen „Hindenburg“ erleben, der sich möglicherweise wieder mit dem Kaiserreich befaßt!

„Hindenburg“ oder Reichspräsident, das ist hier die Frage. P. Br.

Breslau

Uhl für Abdachlole!

Von Theobald Kler.

Dieses Gebot, das wir bei jedem Erscheinen von Krummes der „Wetter-Musterten“ entzweigen, leuchtet ja wie ein die bürgerliche Wohlthatigkeit, daß man annehmen könnte, der Dichter habe das Breslauer Uhl für Abdachlole über dessen Pflanzung vor am Montag berichtet haben — als ob er sich nicht ausgedacht hätte.

Und heßt du einmal am Ende und hast keine Weibe, kein Braut — dann sollte zur Liebe die Hände, man laßt sie keine Not.

Es gibt für solche Zwecke ein Uhl — da findet der Mob ein eiserne Bett, eine Decke und einen alten blechernen Topp.

Sok du dein ganzes Leben geschäftet wie ein Bleh; und geht's die im Alter daneben, entläßt dich die Industrie —

dann heißt es noch lang nicht: Verreckel! Der Staat gibt dir schließlich und groß ein eiserne Bett, eine Decke und einen alten blechernen Topp.

Manch auf diesem Planeten leben bei Geld und Kaputt.

Ja, soll'n sie vielleicht dem Proleten einen Palast aufbau'n —?

Andre verreden im Prede.

Du hast's noch gut — na, und ob! Du hast im Uhl eine Ecke, ein eiserne Bett, eine Decke und einen alten blechernen Topp!

Wohlthaten, Mensch, sind nichts als Dampf. Sol' dir dein Recht im Klassenkampf! —

Die Waffensunde beim Stahlhelm

Auf unsere Enthüllungen in Nr. 100 der „N. Z.“ vom 28. April über die Bewaffnung des Carlomitzer Stahlhelms hatte, wie allen unfern Lesern bekannt sein wird, die Breslauer Kriminalpolizei Hausdurchsuchungen in Carlomitz und Rosenthal vorgenommen, und zwar in sehr loyaler Weise, wie man das bei Hausdurchsuchungen bei Kommunisten nicht gewöhnt ist. Die beschuldigten Stahlhelmmitglieder waren liebenswürdig gebeten worden, die in ihrem Besitz sich befindlichen Waffen herauszugeben. Die Herrschaften hatten natürlich einen Teil der Waffen schon in Sicherheit gebracht und das „sorsche Zugreifen“ der Polizei hatte nur ein geringes Ergebnis.

Gegen die Stahlhelmmitglieder, bei denen Waffen gefunden wurden, wurde dann ein Verfahren wegen unbefugten Waffenbesitzes eingeleitet, das nunmehr vor dem erweiterten Schöffengericht am morgigen Sonnabend zur Verhandlung kam. Die angeklagten Stahlhelmer behaupteten falsch und frei, die Waffen nur zu Jagdzwecken (wahrscheinlich nur auf Proleten) benutzt zu haben und lediglich deswegen keine Waffenscheine zu besitzen, weil sie immerzeit die Jagd nicht ausgeübt hätten. Nachdem die Angeklagten ihre „Unschuld“ nachgewiesen hatten, konnte das Gericht natürlich nur auf bescheidene Geldstrafen erkennen. Der Angeklagte Guber erhielt 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis, Maciejewski 80 Mark, Ulrich 50 Mark und Schiller 30 Mark Geldstrafe. Die Herren werden natürlich die Geldstrafen sofort lächelnd erlegt haben.

Wir wollen in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, daß die Polizei bisher noch nicht Stellung genommen hat zu unseren Mitteilungen über die laufend stattfindenden Schießübungen des Stahlhelms sowie zu unseren konkreteren Angaben in Nr. 105 der „N. Z.“ vom 5. Mai, in der wir eine Reihe von Reichwehroffizieren namentlich aufzählten, die die militärische Ausbildung der Schutzgarde des Kapitals leiten. Es wäre endlich an der Zeit, daß die in Frage kommenden Stellen sich dazu äußern.

Unschuldig verurteilt?

Der Kaufmann Brgowa, der sich, wie berichtet wurde, im Untersuchungsgefängnis in den Dichtof: hinunterstürzte und lebensgefährliche Verletzungen erlitt, ist nunmehr im Allerheiligen-Hospital verstorben. B. war vom Großen Schöffengericht wegen Straftatsverbrechens, begangen an einem Knaben, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dazu wurde behauptet, daß B. unschuldig verurteilt worden sei. Sein Selbstmord deutete darauf hin. Zudem habe ja der Angeklagte seine Schuld bis zum letzten Augenblick bestritten. B. hat vor der Polizei einen großen Teil seiner Verletzungen zugegeben und auch das Geständnis vor dem Untersuchungsrichter wiederholt. Erst später und dann auch in der Hauptverhandlung hat er alles widerrufen. Vor seinem Tode hat B. in der Zelle noch einen Zettel zurückgelassen, auf dem er seine Unschuld versichert.

Das Auffspringen auf die Straßenbahn. Am Dienstagmorgens versuchte eine ältere Frau an der Taschenstraße auf die Straßenbahn aufzuspringen. Sie kam dabei zu Fall, wurde eine Strecke mitgeschleift und trug mehrere Kopfverletzungen davon. Sie wurde in die nahe Hauptfeuerwache gebracht.

Die Tätigkeit der Feuerwehr. In der Nacht zum 11. 9. wurde die Feuerwehr dreimal zum Feuer alarmiert, und zwar nach Delsnerstraße 28, Clausenstraße 4 und Weidenstraße 25. In allen Fällen handelte es sich um geringfügige Feuer, die mit dem kleinen Löscher gelöscht werden konnten. Kurz nach 4 Uhr morgens war Mattiasstraße, Ecke Herzogstraße, ein starkes Wasserrohr geplatzt, so daß die anliegenden Keller übersutet wurden und etwa 60 Zentimeter unter Wasser standen.

Sportvereinigung „Kordos“ 03, e. V. Bogabteilung. Dienstag, den 11. September, um 19.45 Uhr, in der Turnhalle Andersenstraße, Bogentraining für alle Boger und Anfänger.

Wichtige Änderungen im Breslauer Straßenbahnverkehr

Geändert: Linienführung ab 1. November — Einführung von Doppelhaltestellen — Neue Kraftomnibuslinien

Breslau, 12. September.

In der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation beschloß man sich mit den Änderungen der Linienführung der Straßenbahn infolge des Einbahnverkehrs sowie mit dem Winterfahrplan. Ab 1. November sollen nachstehende Linien folgende Fahrleistungen nehmen:

Linie 1. Hin: Von der Westendstraße über den Königsplatz, Ring Südseite, Christophoriplatz, Klosterstraße, Feldstraße, Ohlauufer, Vessingstraße, über Vessingstraße nach Gräbichen. — Zurück: Von Gräbichen über Vessingstraße, Klosterstraße, Ring Nordseite, den Königsplatz nach Westend.

Linie 4. Hin: Von Morgenau über Mauritiustplatz, durch die Gardestraße, Ohlauufer, Westendstraße, Ring Nordseite, Königsplatz nach der Westendstraße. — Zurück: Von der Westendstraße über Königsplatz, Ring Südseite, Christophoriplatz, Klosterstraße, Mauritiustplatz nach Morgenau.

Linie 5. Hin: Vom Flughafen bzw. Promnitzstraße über den Königsplatz, Ring Südseite, Christophoriplatz, Klosterstraße nach Klein-Weichsel. — Zurück: Von Weichsel über Mauritiustplatz, Klosterstraße, Feldstraße, Ohlauufer, Ring Nordseite, Königsplatz nach Promnitzstraße bzw. Flughafen.

Linie 6. Hin: Von Schmiedefeld bzw. Flughafen über Königsplatz, Ring Südseite, Christophoriplatz, Taschenstraße nach Gräbichen bzw. Diergoy. — Zurück: Von Gräbichen über Hauptbahnhof, Poststraße, Westendstraße, Ring Nordseite, Königsplatz nach Flughafen bzw. Schmiedefeld.

Linie 21. Hin: Von Westendstraße über Königsplatz, Ring Südseite, Christophoriplatz, Klosterstraße, Feldstraße, Ohlauufer über die Freiheitsbrücke nach Beerbeutel. — Zurück: Von Beerbeutel über Freiheitsbrücke, Westendstraße, Ring Nordseite, Königsplatz nach der Westendstraße.

Linien 9 und 10. Diese Linien werden vom Sonnenplatz aus über Ring Südseite, Christophoriplatz, Ohlauufer, Vessingstraße, Waldenstraße, Sternstraße nach Vossienstraße bzw. Beerbeutel geführt; sie führen also nicht mehr über den Eisenauplatz und Sternstraße. — Auf dem Rückwege werden sie durch die Sternstraße, Waldenstraße, über Vessingstraße, Hauptpost, Ring Nordseite nach Gräbichen fahren. Die Linie 9 soll künftig auf den Bahnlinienverkehr der Linie 10 nach dem Ring auch Sonntags verkehren, um die fünfminutenverbindung mit dem Ring herzustellen.

Linie 14, früher 11. Die Straßenbahnlinie 11 wird unter der Nummer 14 vom Straßenbahnhof Gräbichen bzw. Gräbichener Friedhöfe über Sonnenplatz, durch die Gartenstraße nach dem Hauptbahnhof, der Hauptpost und weiter im Zuge der Linie 24 nach der Mathiasstraße geführt. — Zurück: Von der Mathiasstraße über den Eisenauplatz, Mitterplatz nach der Hauptpost, dem Hauptbahnhof, Gartenstraße, Sonnenplatz nach Gräbichen bzw. Gräbichener Friedhöfe.

Linie 18. Im Gegenjahr zu der bisherigen Linienführung wird Linie 18 ab 1. November über die Freiheitsbrücke geführt.

An der Linienführung der übrigen Straßenbahnlinien ändert sich infolge Einführung des Einbahnverkehrs nichts.

Die Fahrzeiten der Straßenbahn werden nicht wesentlich geändert, jedoch sind die Abfahrtszeiten beim Verkehren im Winterhalbjahr entsprechend angepasst worden. Bei einem großen Teil der Linien (1, 4, 10, 14, 18, 21, 24) ist im allgemeinen ebenfalls die Fahrzeit verkürzt worden, um eine schnellere Beförderung der Fahrgäste zu ermöglichen. Die Endstation der Kraftomnibuslinie Breslau-Flughafen-Deutsches Stadion wird nach Schmiedefeld verlegt und die Fahrzeit auf 20 bzw. 40 Minuten an Stelle des bisherigen 45 Minuten verlegt.

Außerdem werden einige neue Kraftomnibuslinien eröffnet, die die Kraftomnibuslinie Breslau-Flughafen-Deutsches Stadion nach Hiltensdorf (Gartenhaus) führen. Ferner eine Kraftomnibuslinie vom Klein-Weichsel über Rosenthal über Hauptbahnhof, Hauptpost nach der Klementstraße und zurück. Die Wagenlänge ist für diese Linien mit je 60 Metern vorgegeben.

Eine wichtige Änderung ist auch die Einrichtung von Doppelhaltestellen. Die Einrichtung soll in der Weise erfolgen, daß in einem Abstand von 20 bis 30 Metern von der jetzigen Haltestelle entfernt eine weitere Tafel oder Säule errichtet wird. Derartige Doppelhaltestellen sind vorgesehen: a) in der Westendstraße vor der Herrenstraße, b) auf der Südseite des Ringes vor der Vossienstraße, c) in der Ohlauufer Straße zwischen Vossienstraße und Taschenstraße, d) in der Klosterstraße vor der Feldstraße, e) am Domplatz vor der Poststraße, f) am Ohlauufer in der Richtung nach dem Ring, kurz hinter der Feldstraße, zwischen Ohlauufer Stadtbahn und Promnitzstraße, g) in der Westendstraße zwischen Schmiedefeld und Schmiedefeld, h) auf der Nordseite des Ringes, kurz vor der Poststraße und i) auf der Nikolaistraße vor der Hiltensdorferstraße.

Nach Einrichtung der Haltestelle zu f) wird die jetzige Haltestelle, Ohlauufer-Deutsches Stadion, für die Richtung nach dem Hauptbahnhof aufgehoben und vor die Straßenkreuzung Ohlauufer-Vessingstraße verlegt. Gleichzeitig mit der Einrichtung der Haltestelle vor der Straßenkreuzung Ohlauufer-Deutsches Stadion soll die für die gleiche Richtung bestehende Haltestelle Ohlauufer-Gräbichen aufgehoben werden. Die Haltestelle der Linie 18 in der Gardestraße für die entgegengesetzte Richtung soll bleiben. Sie soll auch als Haltestelle für Linie 4 in Zukunft gelten.

Durch die Einrichtung der Doppelhaltestelle zu g) wird die gegenwärtige Haltestelle in der Westendstraße vor der Vossienstraße in Richtung Stadtbahn überflüssig. Die auf der Nordseite des Ringes befindliche Haltestelle vor dem Kaufhaus Michaelis wird durch die Einrichtung der Haltestelle h) nach der Oberstraße zu verlegt. Das gleiche gilt für die Haltestelle vor der Herrenstraße, die vor die Hiltensdorferstraße verlegt wird. Die Haltestelle zwischen Vossienstraße und Promnitzstraße soll fort. Für die Linie 4 wird am Mauritiustplatz eine neue Haltestelle errichtet. Die übrigen Haltestellen bleiben bestehen. Soweit durch den Einbahnverkehr Haltestellen in der Hinsicht nicht mehr befahrenen Richtung überflüssig werden, sollen sie beseitigt werden.

Mittelschlesien

Wichtiger Aufmarsch der roten Klassenfront in Ohlau

Am Sonnabend und Sonntag fand in Ohlau ein Untergautreffen statt, das eingeleitet wurde durch einen Fackelzug der Ortsgruppe des KPD. Ohlau. Anschließend an den Fackelzug fand bei Schmidt die Filmvorführung statt, die gut besucht war. War die Beteiligung am Sonnabend schon eine gute, so gestaltete sich der Aufmarsch am Sonntag zu einem wichtigen Belegnis für die Rote Klassenfront. Um 14.30 Uhr setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung nach dem Ring. Dasselbst eröffnete Genosse Wiesner im Auftrag der Untergautführung die Kundgebung. Als Vertreter der Gauführung sprach Genosse Kleinert-Breslau. Er zeigte im Verlauf seiner Ausführungen das Beträuben der imperialistischen Staaten und die bestehende Kriegsgefahr auf. Als Vertreter der KPD Bezirk Schlesien sprach, von Weisbach begrüßt, die Genossin Gahne. Sie behandelte die innen- und außenpolitische Lage und die Koalitionspolitik der SPD und den bevorstehenden Volksentscheid. Genosse Wiesner zeigte in seinem kurzen, kräftigen Schlusswort der noch absteigenden Ohlauer Arbeiterschaft, welchen Weg sie gehen müsse, um erfolgreich das kapitalistische System zu bekämpfen. Mit einem kräftigen „Rot-Front“ an die Ohlauer Arbeiterschaft fand die Kundgebung auf dem Ring ihren Abschluß. An den Ohlauer Genossen und Kameraden wird es liegen, den Erfolg aus diesem Aufmarsch nutzbringend für die Organisation auszuwerten. Genossen, Kameraden, an die Arbeit, zu weiteren Erfolgen.

Strehlen. Verhängnisvoller Streit. Im Laufe eines Streites, der nach einem Entsetzt zwischen Peterwitzer und Wäzborfer Dominalarbeitern entstanden war, und der auf der Straße fortgesetzt wurde, wurde der 40 Jahre alte Mietgärtner Pleischke aus Peterwitz mit einer Art erschlagen. Die Wut tat sich zwischen 2 und 3 Uhr nachts auf der Abzweigung der Dorfstraße nach Wäzborf zu. P. gab bei seiner Auffindung auf der Straße nur noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde sterbend in das Strehlener Krankenhaus eingeliefert, wo er eine halbe Stunde nach der Entlassung seinen fürchterlichen Verletzungen erlag, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Er hinterläßt eine Frau und neun Kinder im Alter zwischen 17 und 2/3 Jahren.

Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger

Her aus zu

Protest-Versammlung

am Donnerstag, dem 13. September, 15 Uhr, im „Bergkeller“, Kleinschiffstr.

Achtung, erwerbslose Parteigenossen!

Alles erscheint heute 18 Uhr im „Lusthof“, Neue Anthonienstraße, zu einer wichtigen Besprechung!

Einheitskomitee Ost. Freitag, 14. September, 20 Uhr, Sitzung im Lokal „Wesfischloch“, Wesfischstraße.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Freiburg. Mittwoch 19.30 Uhr, „Grüner Baum“, Gesamtsellenversammlung.
Strehlen. Freitag 20 Uhr, bei Wende, Mitgliederversammlung. Funktionäre eine Stunde früher.

Kommunistischer Jugendverband
Breslau.
— Gruppe Süd. Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41.

Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Gruppe Süd-Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen.
— Gruppe West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend bei Janke, Mariannenstraße 7. Instrumente mitbringen. Gäste willkommen.
— Gruppe Nord. Donnerstag 17 Uhr Heimabend, „Stahl Kammlau“, Mathiasstraße.
Liegnitz. Mittwoch 18 Uhr alles am Hedwigplatz antreten zum Aufmarsch in den Heimabend.

Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau
— Abt. 6. Donnerstag 20 Uhr Gesamtsitzung bei Janke.
Jauer. Mittwoch 19 Uhr Kameradschaftsabend. Sonntag: Spittelbrücke.

Breslau
— Rote Jungfront. Mittwoch antreten bei Melmann. Aufmarsch 19.30 Uhr pünktlich. Erscheinen ist Pflicht.
— Rote Jungfront. Abt. 1 (Walden). Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend bei Köner, Uferstraße. Sonntag: Anfang.
— Abt. 3. Rote Jungfront. Donnerstag 19.30 Uhr, „Stahl Kammlau“, Mathiasstraße, Kameradschaftsabend.
Altwasser. KPD. Donnerstag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend bei Genossin Busch, Poststraße 6.

Sonstige Organisationen
Breslau
— Rote Hilfe Süd. Mittwoch 20 Uhr Generalversammlung bei Janke, Friedrichstraße 41. Funktionäre eine Stunde früher.
— Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Revolution, Ortsgruppe Breslau. Mittwoch 18 Uhr, Ursulinerstr. 21, Gesamtsitzung.
— Arbeiter-Abteilungen. Mittwoch 20.30 Uhr wichtige Parteiversammlung im Lokal Wagner, Messergasse 54.
Freiburg. Streikgasse Gewerkschaft. Mittwoch 20 Uhr im „Lusthof“ Vortrag von Frau Kump. Rote der Arbeiter.

Waldenburger Bergland Morgen Bergbau-Lohnverhandlungen

Wie wir erfahren, finden morgen Donnerstag Lohnverhandlungen für das Waldenburger Bergrevier statt.

Kein Zurück von den Mindestforderungen Einstimmiger Beschluß der Zahlstelle Nieder-Hermisdorf

Am Sonntag nahmen die Kameraden der Zahlstelle Nieder-Hermisdorf (Ost) Stellung zur Lohnbewegung. Kamerad Steinmeyer von der Bezirksleitung des RW. hielt das Referat zur Lohnbewegung. Seine Ausführungen gipfelten in der Verteidigung der Bezirksleitung. Darauf entspann sich eine lebhaft Diskussion. Einstimmig wurde dann nachstehende Entschlußfassung angenommen:

„Die am 2. September in der „Vormittags“ tagende Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Nieder-Hermisdorf (Ost) nimmt Stellung zur Lohnbewegung und fordert vom Vorstand sowie von der Bezirksleitung, daß die diesmaligen Forderungen der Bergarbeiter nicht wieder wie die vorhergehenden in die Ränge gezogen werden. Sie steht die von der Konferenz aufgestellten Forderungen von 15 Prozent als Mindestforderung an. Von der Bezirksleitung wird weiter verlangt, diese Forderung u. U. in die Unternehmung zu fließen und bei eventueller Ablehnung des legitimen gewerkschaftlichen Mittel, den Streik, am 1. Oktober zu proklamieren. Durch Kampf zum Sieg!“

Unter Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten des Kollegen Lauterbach, des Vorsitzenden des RW, scharf verurteilt, da er mit dem nationalsozialistischen Flugverein ein Kompromiß abschloß, nach dem die freien Gewerkschaften den Vertrieb von Einlaßkarten übernehmen sollten. Es wurde eine Resolution eingereicht, die dem Kollegen Lauterbach das Mißtrauen ausdrückt. Sie wurde aber mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Kameraden von Nieder-Hermisdorf haben in ihrer Entschlußfassung die Worte gesagt, die in den nächsten Tagen und Wochen Leitmotiv des Handelns aller Kameraden sein müssen: „Durch Kampf zum Sieg!“ Wollen die Unternehmer die wirklich nicht hohen Forderungen der Bergarbeiter nicht bewilligen, dann Streik ab 1. Oktober! Die Kumpels haben sich in den vergangenen Jahren lange genug mit sogenannten „Teilerlösen“ abgeben lassen. Sie haben am eigenen Leibe gespürt, zu was das führt, nämlich zur immer schlimmeren Verelendung. Diesmal muß es anders werden! Kumpels, rüht euch!

Empörung gegen den Mittelapparat

Wie wir bereits meldeten, hat man auf der Melchiorgrube einen Apparat versuchsweise aufgestellt, der in der Grube die Wagen vollrüttelt, so daß ein halber Zentner Kohlen mehr Platz hat. Nun machen die Kumpels begreiflicherweise Krach, denn durch diesen Trick kommen sie zu Schaden, weil man es ablehnt, das Gedinge um 10 Prozent zu erhöhen. Mit Recht wird verlangt, daß die Kohlen nicht mehr nach Maß, sondern nach Gewicht bezahlt werden sollen. Ein dementsprechender Antrag wurde bereits vom Betriebsrat an die Arbeitskammer gestellt. Ein weiterer Nachteil des Rüttlers ist der, daß er, wenn er im Betrieb ist, die Staubentwässerung, so daß einer den andern nicht sehen kann. Hinzu kommt noch der ohrenbetäubende Lärm. Kameraden! Verlangt, daß diese Rüttelmaschine, die die Rationalisierung mit sich bringt, bei den Lohnverhandlungen berücksichtigt werden! Kein Kompromiß! Entweder oder! Laßt dann die Zechendirektoren arbeiten!

Neue Riesenwagen auf „Seche Glend“

Große Heiterkeit löste unter der Belegschaft der Melchiorgrube die Ankunft eines neuen riesigen Förderwagens aus, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Man kann ihn ruhig als Wochenendhäuschen ansprechen. Dieser Riesenwagen faßt nicht weniger als 1085 Kilogramm gleich 20,7 Zentner. Das ist nun schon der vierte Wagentyp. Jeder Typ ist größer, als der vorhergehende. Es ist klar, daß durch die verschiedenen Wagen mit verschiedenem Rauminhalt die Kumpels schlechter abschneiden. Man rationalisiert eben, das dürften wohl alle Kumpels gestossen haben, außer einigen unheilbaren Sozialdemokraten, nur auf Kosten der Proleten im kapitalistischen Staat. Ueber das aktuelle Problem „Wirtschaftsdemokratie“ zerbrechen sich nur die „Führer“ die Köpfe. Der Kumpel sagt: „Duat!“

Fabrikplügerung

Die seit einiger Zeit verfürzt arbeitende Porzellanfabrik Brause in Nieder-Salzbrunn hat ihrer 215 Köpfe starken Belegschaft geländigt.

Der Betriebsrat der Melchiorgrube teilt mit, daß morgen Donnerstag, vormittags um 1/2 9 Uhr und nachmittags um 1/2 5 Uhr Belegschaftsversammlungen im „Ziefbau“ stattfinden. Infolge wichtiger Tagesordnung (Lohnbewegung usw.) wollen alle Kameraden erscheinen.

Schwerer Autounfall. Bei der Rückkehr von einer Autobergungsfahrt ins Waldenburger Bergland zog der Chauffeur beim Ausweichen vor einem anderen Wagen die Bremsen sehr scharf an. Das hatte zur Folge, daß der Wagen sich mehrmals über den Schlag und in den Chauffeurengraben stürzte. Die vier Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt, besonders der Kaufmann Billi Reichelt. Der Wagenführer blieb unverletzt.

Oberes Revier

„In ihrer Mut prügeln sie.“ Borige Woche brachte die „Bergwacht“ einen Artikel: „In ihrer Mut prügeln sie.“ Es ist selbstverständlich, daß auch dieser wie alle übrigen Ergüsse, die sich mit Kommunisten beschäftigen, Schwindel war. Ueber den fraglichen Vorfall erfahren wir nämlich:

Als am Sonntagmorgen ein Kamerad des RW, Ortsgruppe Zellhammer, in seiner Zivilkleidung den Kongertgarten betrat, wurde er von dem Reichsbannerführer Ernst Wittig in ein Gespräch verwickelt, in dessen Verlauf der betreffende Kamerad sich als Kommunist bekannte. Wittig, politisch vollkommen unreif, hatte schon mächtig auf das Wohl des Panzerkreuzers getrunken und erlaubte sich dann, den Kameraden mit „Bababund, Lump“, und die RW als „Räuberbande“ zu beschimpfen. Als das alles den Kameraden nicht aus der Ruhe brachte, schlug der Reichsbannerhauptide auf den Kameraden ein. Augenzeugen sind genügend vorhanden. Wittig mußte aber bald merken, daß seine körperlichen Kräfte (von geistigen lohnt es sich nicht zu reden) nicht ausreichten, um Kommunisten auf diese Art zu „belehren“.

Ein Kommentar zu dem prügellustigen Republikbeschützer und zu dem Schwindel der „Bergwacht“ erübrigt sich.

Reaktionärer oder sozialer Geist in der Gemeindeverwaltung Donnerau? In unserem Ort bringt es die Gemeindeverwaltung fertig, den armen Kumpels, die für einen Hundelohn auf der Grube arbeiten, noch monatlich 50 Pfennig Gebühren für Abfempfung der Befehinigung zur Erlangung der Wochenkarte abzutöpfen! Die sozialdemokratischen Arbeiter wagen nicht einmal wegen dieser beispiellosen Ausnützung ihre verantwortlichen Genossen zur Rechenschaft zu ziehen, obwohl sie sehr verärgert sind.

Niederschlesien

Görlitz

Das Arbeitersekretariat

Auf dem Görlitzer Arbeitersekretariat gibt es allem Anschein nach viel zu tun, denn es soll nun noch ein zweites Sekretariat angefüllt werden. Die Begründung ist allerdings sehr fadenscheinig. Herr Gärtner, der jetzige Sekretär ist Geschäftsführer vom Volkshaus, Helenebad, Bauhütte und was sonst noch drum und dran hängt. Nicht zu vergessen, er ist auch Stadtverordneter, und da er auch immer „für“ die Arbeiterschaft eintritt, muß er in seiner unheimlich anstrengenden Arbeit entlastet werden. Böse Jungen behaupten, er soll auf dem Panzerkreuzer auch einen Ehrenposten erhalten. Wir glauben zu etwas natürlich noch nicht, aber auf der Lohnfrage ist ja viel möglich. Die organisierte Arbeiterschaft wird ja auch einsehen, daß unter solchen Lasten auch der sonst so stabile Gärtner zusammenbrechen muß. Wie sieht es nun in Wirklichkeit auf dem Arbeitersekretariat aus? Kommt jemand nach dem Büro des Herrn G., so hat er sich erst einmal vorchriftsmäßig anzumelden, und dann heißt es: „Was wollen Sie.“ (Man kann sich doch nicht mit jedem duzen, wenn man auch von ihnen lebt.) Als Stadtverordneter haben vor allen Dingen die Erwerbslosen Herrn Gärtner zu danken, auch er war immer mit dabei, wenn es galt, die Anträge unserer Genossen niederzukommen. Wir glauben ganz-ganz, daß diese Arbeit anheftig anstrengend ist. Die Arbeiter wissen auch, wie es im Volkshaus ist, zum Jähren hat sie immer gut, aber wehe, wenn einer anständig ist Kommunist zu sein, der kann sich dort anpöbeln lassen, oder er geht gar nicht mehr hin. Dies alles merit natürlich der Geschäftsführer nicht, weil er so sehr überlastet ist.

Wer soll nun der zweite Sekretär werden? Nach dem, was uns mitgeteilt wird, soll ein Sohn des Herrn Matties dran kommen. Es ist ja auch gar nicht anders denkbar, denn auf der Luisenstraße beginnt ja die Stufenleiter zu den höheren Regierungsstellen. Ein Oberregierungsrat ist von dort gekommen, jetzt wird einer Regierungsrat, und wie wir hören, soll Matties sein bei der Bewilligung des zweiten Panzerkreuzers schon Minister sein. Er bekommt ja auch jetzt den Orden am schwarzweißrotgoldenen Band für Vertilgung von Kommunisten. Panzerkreuzer-Müller war auch in Görlitz tätig und ist es doch ganz logisch, daß er bei der Verteilung von Orden und Stellen ganz besonders die „Görlitzer Größen“ bevorzugt. Wir glauben aber bestimmt, wenn Herr Gärtner sich weniger an der Kommunistenbeteiligung würde, bleibt ihm noch ganz schöne Zeit für seine Ehrenämter übrig. Von seiner gegenständlichen Tätigkeit haben wir Proleten noch nicht viel gemerkt.

Ein schwerer Sportunfall ereignete sich beim Radrennen. In der Eile Breslauer Straße-Bahnhofstraße fuhr der Spitzenfahrer der ersten Gruppe (Walter Heidebreich) mit voller Wucht gegen ein Auto. Das Rad wurde vollkommen zertrümmert, der Radfahrer wurde, nicht unerheblich verletzt, von Arbeiterkamaraden in

das Carolus-Krankenhaus geschafft. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich.

Sagan

Neue Methoden. Ähnlich wie in vielen anderen Städten gehen auch die Saganer Krankenkassen dazu über, Arztkommissionen zu bilden, denen die Aufgabe zufällt, angebliche Simulanten zu beseitigen. Dabei haben sich Mißstände gezeigt, die nicht geeignet sind, das Ansehen der Kasse in den Augen der zahlenden Mitglieder besonders zu heben. So wird uns mitgeteilt, daß es wiederholt vorgekommen sein soll, daß noch nicht Gesunde einfach von der Arztkommission gesundgeschrieben werden. Die Krankenkassenvorstände werden unsere Kritik wohl lesen, aber das Uebel nicht abstellen. Deshalb empfehlen wir den Arbeitern im obgenannten Falle, den Arzt privat aufzusuchen, da dann die Untersuchung gründlicher wie bei den Kassenmitgliedern geschieht. Stellt der Arzt noch eine Krankheit fest, muß selbstverständlich die Kasse alle Kosten tragen.

Glogau

In Kollant-Bandberggiftung gestorben. In Kettlau zog sich ein Fleischerlehrling beim Schlachten eines an Kollant erkrankten Schweines eine Bandberggiftung zu. Nach anfänglich irrtümlicher Behandlung wurde er in einem hiesigen Krankenhaus die Vergiftung erlankt, doch war es schon zu spät.

Liegnitz

Ein verhängnisvolles Gewitter.

Bei dem Montag-Gewitter wurden in Groß-Lätzwitz zwei Dränagenarbeiter, die vor dem Gewitter unter einer Pappel Schutz gesucht hatten, vom Blitz getroffen und einige Meter ins Feld geschleudert. Ein Arbeiter war sofort tot, der andere erlag auf dem Transport ins Dorf seinen Verletzungen. — Ein kalter Blitzschlag fuhr in ein Mühlhäuschen an der Baumgarten-Allee. Ein in der Nähe stehender Mann wurde von der Wand geschleudert und blieb eine Zeit lang betäubt liegen. Der Blitz hatte seine rechte Seite leicht gefahmt. — Ein Angelblitz schlug in ein Haus der Nachbarn und rief ein Loch in das Dach und beschädigte den Schornstein. Eine Bewohnerin wurde vom Sofa geschleudert.

Gefährliches Spiel. Einige Kinder in Oyas hatten leere Patronenhüllen gefunden, spielten damit und klopften auch darauf. Die Patronen enthielten aber noch die Zündhütchen. Eines von diesen explodierte und die zerfetzten Stücke der Patrone flogen der sechs-jährigen Tochter des Bauarbeiters Boher mit solcher Gewalt ins Auge, daß dieses sofort auslief. Im Krankenhaus in Liegnitz mußte man auch Gefahr für die Sehraft des zweiten Auges fürchten.

Bunzlau

Schwerer Motorradunfall. Bei einer Zuverlässigkeitsfahrt von Radobuz nach Peritz mit Benzenpump bei Porthwitz fuhr der

Achtung, Bäckersdorf! Donnerstag 19.30 Uhr im „Hotel zur Sonne“ kombinierte Versammlung: RW, RW, RW, RW und RW. Erscheinen aller Genossen und Kameraden Pflicht! — Freitag 19.30 Uhr im „Gasthaus zur Kumpelmühle“, Ober-Wüste, Bäckersdorf, öffentliche Versammlung. Thema: „Panzerkreuzer“ — Volkseinstellung.

Schweidnitz

Waffen-Einlassungen bei der Firma Grämbis & Freudenberg

Bei der Firma Grämbis & Freudenberg wird in letzter Zeit allmählich eine große Anzahl Metallarbeiter entlassen. Angeblich liegen keine Aufträge vor und man hat auch kein Geld zum Arbeiten. Wenn man letzteres hört, schüttelt man den Kopf. Denn wer sieht, was man sich für einen Part mit Lenin & Pläyen usw. angelegt hat, der weiß, daß es am letzten nicht fehlen kann. Ein Vorkommnis hat diese Firma wie selten eine andere mit der gleichen Belegschaftsziffer. Es ist bald so, daß auf jeden Arbeiter zwei Angestellte kommen. Auch hierfür ist Geld vorhanden. Anstatt, daß man nun diese unproduktiven Kräfte entläßt, werden solche sogar noch eingestellt und Arbeiter dafür entlassen. Man hatte auch eintae Zeit russische Aufträge, aber hier ist nicht viel gute Arbeit geliefert worden, auf Grund dauernder Herabsetzung der Akkorde. Die Firma darf sich auch nicht wundern, wenn sie jetzt schwer von Kaufmann Aufträge erhält. Auf der einen Seite will man kommunistische Aufträge erhalten, aber auf der anderen Seite läßt man vom Streikschuß E. V. die Betriebsräte und sonstigen Arbeiter befehlen, ob sie Kommunisten sind, um sie bei erster Gelegenheit zu entlassen. Da auch der Firma einzige Hoffnung ist, russische Aufträge zu erhalten, so wollen wir aber erwarten, daß, wenn man von einem Arbeiterstaate Aufträge erhält, man auch in Zukunft etwas mehr für die Arbeiter im Betriebe übrig hat.

Siriegau

Folgeschwere Flucht aus der Erziehungsanstalt

Ein in der Erziehungsanstalt in Groß-Rosen untergebrachter Zögling war (nachdem man ihn wahrscheinlich schon gefügt hatte) in ein verschlossenes Zimmer im zweiten Stockwerk eingekerkert worden. Aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen hatte er einen Fluchtplan mit anderen Zöglingen verabredet, die ihm helfen sollten. Er sprang aus dem zweiten Stockwerk durch ein Fenster herab, während die anderen Mitwisser ein Licht ausbreiteten, in das er springen sollte. Beim Ausprall aber riß das Tuch, und der junge Mensch blieb mit gebrochenen Beinen und weiteren schweren Verletzungen in der Tiefe liegen. Ein schönes Ergebnis christlicher Erziehungskunst!

Wir fragen!

In der Stadt gehen allerhand Gerüchte über das Arbeitersekretariat herum. Wir fragen deshalb: Ist es wahr, daß durch den Arbeitersekretär Scholz Unregelmäßigkeiten in geldlichen Angelegenheiten vorgekommen sind? Der Ortsauschuß des RW wird um Antwort ersucht.

Landeshut

Ein graufiger Fund

Einen graufigen Fund machte. Passanten auf der Straße Landeshut-Schmiedeberg. Unweit des Bahnhofes Ober-Schmiedeberg lag eine furchtbar verkümmerte weibliche Leiche. Die Tote, die etwa 20-25 Jahre alt sein konnte, war nur notdürftig mit Unterkleidung versehen. Der Kopf war gespalten und der linke Arm vollständig vom Körper getrennt. Die Tote, deren Personallisten noch nicht festgestellt werden konnten, muß von dem letzten Abendzuge überfahren worden sein. Bisher konnte auch noch nicht aufgeklärt werden, ob Selbstmord oder Unfall vorliegt.

Delegierte zum Deutschen und Preussischen Städtetag!

Am 24. bis 26. September d. J. findet in Breslau die Jahrestagung des Deutschen und Preussischen Städtetages statt. Wir fordern alle Kommunal-Fraktionen auf, der Bezirksleitung möglichst umgehend die Genossen namhaft zu machen, die zu diesen Tagungen als Delegierte gewählt werden sind.

Bezirksleitung. Kom.-Pol.-Abteilung.

Fahrer Gerhard Fischer aus Magdeburg in vollem Tempo gegen einen auf der Chaussee liegenden Stein. Er flog in ungeheurem Bogen von der Maschine und erlitt beim Aufschlagen einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen. Das Bunzlauer Sanitätsautomobil brachte ihn hierher in das Krankenhaus.

Eine Rahnadel verschluckt. Im auf der Heidestraße zwischen Görlitz und Bunzlau gelegenen Herzogswaldau verschluckte eine Frau beim Essen eine in der Speise befindliche Rahnadel. Die Nadel konnte zwar entfernt werden, doch liegt die Frau bedenklich krank danteber.

Goldberg

Eine Scheune zum viertenmal abgebrannt. In der Nacht zum Sonntag ist die Scheune des Guldsel. Raupach zum wiederholten Male abgebrannt. Sie enthielt fast die gesamte Getreibeernte dieses Jahres und eine Dreschmaschine mit Strohprelle. Die Scheune ist schon mindestens dreimal abgebrannt und war jetzt erst wieder einmal neu aufgebaut worden. Man nimmt daher wiederum Brandstiftung als Ursache an.

Mit Pferd und Wagen in den Mühlgraben gestürzt. In Köchlit trat das Pferd des Fleischermeisters Hanke aus Braunsitz (Kreis Zauer) sehr und stürzte mit dem Fuhrwerk über eine niedrige Steinmauer in den tiefen Mühlgraben. Der Besizer kam im Wasser unter den Wagen und konnte, schon halb erstickt, noch im letzten Augenblick gerettet werden. Nachstürzende Steine verletzten das Pferd so schwer, daß ihm das Kreuz gebrochen wurde und es abgeschlachtet werden mußte. Der Wagen ist schwer beschädigt.

Aus dem Riesengebirge

Riesensold i. Rsgb. Motorradunfall. Am Montagmorgen fuhr ein Motorrad, auf dessen Soziusitz eine Dame saß, die neue Chaussee nach Petersdorf in ziemlich scharfem Tempo herunter. In der Nähe des Tunnels stürzte der Fahrer und blieb schwer verletzt liegen. Der Mitfahrenden wurden beide Arme gebrochen.

Sturz aus dem Kinderwagen. In Gunnersdorf fiel ein 1 1/2-jähriges Kind in einem unbewachten Augenblick aus seinem Kinderwagen. Es schlug mit dem Kopf auf die Bordwand des Bürgersteiges auf und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Das Kind liegt in heftigem Zustand danteber und kann unter Umständen Rettungen davontragen.